

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harenberg

Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12.00 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

<i>Artur Thomsen</i> Im Deutschen Haus in Flensburg	56
<i>Jens Jacobsen</i> Flensburg — in der deutsch-dänischen Auseinandersetzung	59
<i>Gerd Callesen</i> Zu den Beziehungen zwischen der deutschen und dänischen Arbeiterbewegung 1871-1900	75
<i>Günter Lapp</i> A. Paul Weber, Pastor Schmidt-Wodder und Hans Schmidt-Gorsblock im Jahre 1937	83
<i>Thomas Steensen</i> Der Rundfunk und die Nordfriesen	94
Umschau ab Seite 98	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.
Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.
Redaktion der Grenzfriedenshefte, Südergraben 53, 2390 Flensburg.
Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

Im Deutschen Haus in Flensburg

In seiner Begrüßungsrede vor der Mitgliederversammlung am 15. 5. 1982 sagte der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes u. a.:

In Flensburg findet die deutsch-dänische Begegnung, das Zusammenleben zweier Völker und Kulturen, am intensivsten statt. Kein Ort in unserem Landesteil Schleswig, in dem sich ja auch die Aktivitäten des Grenzfriedensbundes entfalten, hat einen so starken dänischen Bevölkerungsanteil wie Flensburg. Ziemlich genau ein Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung hat bei der Kommunalwahl im März für den SSW, die Partei der dänischen Bevölkerungsgruppe, gestimmt; 11 von 43 Ratsmitgliedern gehören dem SSW an. Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber den Wahlergebnissen der letzten Jahre. Hier wohnen also, noch häufiger und noch näher als in Schleswig, Husum oder Rendsburg, Deutsche und Dänen beieinander; dänische Geschäfte, Gaststätten, Kindergärten, Schulen, Freizeithome, eine dänische Bücherei und ein dänisches Theater, das alles gehört wie selbstverständlich zum Bild Flensburgs. Darüber gibt es keinen Streit, ja mehr noch: die meisten empfinden diese ungehemmte Entfaltung zweier Kulturen und Sprachen als eine Bereicherung des Lebens hier. Und das ist es auch; der Grenzfriedensbund hat keine Veranlassung, diesen Sachverhalt zu bedauern. Aber trotz dieses Bekenntnisses zur Gemeinsamkeit beider Völker in unserer Stadt stehen wir mit den Zielsetzungen unserer Organisation natürlich nicht über den Dingen, sondern auf einer, und zwar der deutschen Seite. Mit allem, was wir tun, mit unserer auf den Einzelfall zielenden Sozialhilfe, mit unseren Veranstaltungen auf beiden Seiten der Grenze, mit den politischen Positionen, die wir in unseren Grenzfriedensheften beziehen, wollen wir immer beides: das deutsche Element im Lande stärken und die Verständigung mit den dänischen Landsleuten und Nachbarn fördern. Ein solches Bemühen bleibt zwangsläufig nicht frei von Mißverständnissen. Wir müssen sie ertragen und aushalten. Wir wollen die Kritik der dänischen Seite uns gegenüber anhören und bedenken; wir wollen aber auch umgekehrt Kritik üben, wenn wir meinen, daß das notwendig ist. In den unteren Etagen des deutsch-dänischen Hauses, wenn mir dieses Bild gestattet ist, sind eben manche Ecken und Kanten einfach schärfer oder deutlicher zu sehen, als wenn man vom Dachgarten aus in unsere schöne Landschaft blickt.

Die Einweihung des deutsch-dänischen Deiches am Anfang dieser Woche durch die dänische Königin und den deutschen Bundespräsidenten war eine Gelegenheit für so einen Blick ins Große und Weite. Und ich möchte aus vollem Herzen bestätigen, was da von allen Rednern über dänisch-deutsche Nachbarschaft und Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit gesagt worden ist. Freuen wir uns doch, daß es eine solche Zusammenarbeit gibt und daß man offiziell so darüber sprechen kann! Nur: das war ein Sonntag im Leben des Grenzlandes (auch wenn der Kalender einen Montag anzeigte), ein Sonntag, auf den man sich freut und an den man sich gern erinnert. Zwischen Sonntag und Sonntag aber liegen viele, mindestens sechs, Werktage; und da soll erarbeitet werden, was den siebenten Tag so erfreulich macht. Und da sind wir unter uns — wie gesagt — in den unteren Etagen des deutsch-dänischen Hauses, im Alltag nämlich, in dem wir lernen müssen, miteinander auszukommen. Da werden die täglichen kleinen Differenzen ausgetragen; und da machen auch grundlegende Auffassungsunterschiede die Verständigung manchmal schwer. Lassen Sie mich das einmal an einem Beispiel konkret belegen: Im März dieses Jahres habe ich im Aufträge der Deutschen Kulturgesellschaft zu der Zeitschrift „Slesvigland“ Stellung genommen. Sie wissen, das ist eine Zeitschrift, die nicht deutsch oder dänisch, sondern schleswigsch sein will, was auch immer das ist. Ich habe kritisiert, daß die Zeitschrift einseitig dänische Standpunkte vertritt und also nicht dem Frieden im Grenzland dient, sondern Differenzen zwischen Deutschen und Dänen verstärkt und vertieft. Von deutscher Seite bekam ich Beifall, von dänischer Seite wurde ich, besonders in Leserbriefen, als dänenfeindlich verurteilt. Dabei bin ich weder ein deutscher Nationalist noch ein Dänenfeind. Ich habe nur etwas dagegen, wenn die beiden Völker in unserem Lande gegeneinander aufgebracht werden. Und nun frage ich mich eben, warum sich die Dänen so getroffen fühlen, wenn ich die sog. „schleswigsche“ Tendenz von Slesvigland verurteile. Was mich stört, ist doch nicht das dänische, was verschleiern das schleswigsche Element genannt wird, sondern das antideutsche Konzept dieser Zeitschrift, weil das eine Störung des Friedens an unserer Grenze bedeutet. Nur daran ist mir gelegen. Wir wollen hier nicht gegeneinander, sondern miteinander leben.

Das müßte doch unser gemeinsames Interesse sein. Und darin möchte ich mit allen Dänen in unserem Lande einig sein. Der Grenzfriedensbund ist ein deutscher, aber kein antidänischer Grenzverband. Wir wären doch auch töricht, wenn wir bei uns hier, wo Deutsche in der Mehrheit sind, Strömungen gegen die Minderheit unterstützen würden; denn das hätte doch zwangsläufig zur Folge, daß in Nordschleswig, wo Dänen in der Mehrheit sind, Strömungen gegen die deutsche Minderheit gestärkt würden. Das können wir doch überhaupt nicht wollen. Im Gegenteil: In demselben Maße, in dem wir die Möglichkeiten der Deutschen in Dänemark, als Deutsche zu leben, unterstützen und ermuntern möchten, in

demselben Maße müssen wir den Dänen hier die gleichen Chancen einräumen. Sind wir also nicht eigentlich Partner? Haben wir nicht bei allen Unterschieden in der Zielsetzung im Grunde gleiche Interessen? Und können wir unsere Ziele wirklich besser gegeneinander als miteinander erreichen? Darüber sollten wir miteinander reden. So wie die Deutschen drüben deutsch sind, ohne antidänisch zu sein, so können sich doch die Dänen hier dänisch bekennen, ohne antideutsch zu sein.

Gelegentlich werden wir gefragt, ob an einer so friedlichen Grenze denn noch ein Grenzfriedensbund nötig sei. Ich finde ja, er ist nötig, und wenn es zum Zusammenraufen ist. Frieden ist ja nicht etwas, das irgendwann als erledigt abgehakt werden kann. Frieden muß man schon immer wieder neu gewinnen und sichern. Um Frieden müssen und wollen wir uns fortwährend bemühen.

Artur Thomsen

Flensburg — in der deutsch-dänischen Auseinandersetzung*

Die Zeitungen berichten fast täglich von Grenzstreitigkeiten auf unserem Globus — Grenzstreitigkeiten, die fast immer kriegerische Ausmaße haben: denken wir an Nord- und Südkorea, Vietnam und China, China und UdSSR, Iran und Irak, Indien und Pakistan, Israels Grenzstreitigkeiten mit sämtlichen arabischen Nachbarn, oder denken wir an die Grenzstreitigkeiten der verschiedenen aus Kolonialgebieten entstandenen afrikanischen Staaten. Europa zeigt sich dagegen heutzutage ausnehmend ruhig. Wir wissen, das war nicht immer so, und gerade durch Hitlers Gebietsforderungen und provozierte Grenzstreitigkeiten löste er den Zweiten Weltkrieg aus.

Trotz der heutigen offensichtlichen Ruhe in Europa ist die deutsch-deutsche Grenzziehung besonders schmerzlich, und jeder, der einmal den Vergleich ziehen konnte zwischen einem Grenzübertritt von Deutschland nach Dänemark oder von der Bundesrepublik in die DDR, kann den Unterschied ermessen.

Flensburg ist eine Grenzstadt, aber die Grenze wirkt nicht negativ auf die Stadt, eher belebend, weil wir die Grenze heute nicht mehr als etwas Trennendes, sondern als etwas Verbindendes sehen.

Aus dem Grenzkampf wurde ein friedliches Zusammenleben im Grenzgebiet der beiden Nationen, eine Entwicklung, die einen Prozeß darstellt, der über 130 Jahre verläuft. Die nationalen Emotionen sind verblaßt und nur noch schwer nachvollziehbar. Ich halte es aber für sinnvoll, über diese Entwicklung nachzudenken, sich klar zu machen, was die Menschen damals bewegt hat, um daraus seine Schlüsse zu ziehen für eine hoffentlich weiterhin positive Entwicklung im Grenzland.

Bei diesem Gang durch die letzten 130 Jahre setze ich 4 Schwerpunkte, in denen sich die Entwicklung kristallisiert:

1. Die nationale Erhebung 1848 und deren Folgen.
2. Schleswig-Holstein als preußische Provinz ab 1867.
3. Die Volksabstimmung 1920.
4. Die Situation im Grenzland nach 1945.

1. Die nationale Erhebung 1848 und deren Folgen

Die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein hatten eine jahrhundertelange Entwicklung im Rahmen des dänischen Gesamtstaates hinter sich, als die

* Vortrag am 15. 5. 1982 bei der Jahreshauptversammlung des Grenzfriedensbundes.

nationale Frage akut wurde.

Worum ging es? Auf eine kurze Formel gebracht ging es darum, ob die Herzogtümer deutsch oder dänisch seien. Diese Frage war nicht eindeutig zu beantworten, denn einerseits gehörten die Herzogtümer zum deutschen Kulturraum, andererseits waren die Herzogtümer jahrhundertlang mit dem dänischen Königshaus verflochten. Der aus Flensburg stammende Wortführer der Schleswig-Holsteinischen Erhebung, das spätere Mitglied der provisorischen Regierung, Advokat Jürgen Bremer, faßte die historische Vergangenheit folgendermaßen zusammen: „In dem Lande ... stoßen vier Volksstämme zusammen, die Sachsen, Friesen, Angeln, Dänen; es werden noch drei verschiedene Volkssprachen geredet, Plattdeutsch im größten Teil des Landes, Friesisch im Westen, Dänisch im Norden von Schleswig. Der südliche Teil des Landes (das Herzogtum Holstein) gehört dem deutschen Staatenbunde an, der nördliche Teil, das Herzogtum Schleswig, nicht. Dennoch machen beide Teile ein eng vereinigt Ganzes aus. Das Land, im ganzen ein deutsches Land, hat mit Dänemark einen gemeinschaftlichen Landesherrn und manche Staatseinrichtungen gemeinschaftlich.“

Das sind die Äußerungen eines deutschen Patrioten, ohne Schärfe gegen die Dänen oder das Dänentum.

Das Erwachen des Nationalismus, das Bewußtwerden, eine eigene, einheitliche Nation zu sein, eine eigene Kultur zu haben, mußte zu einem Konflikt zwischen deutschen und dänischen Patrioten führen. Die Frage war nur, wie sollte man ihn lösen?

Innerhalb der Flensburger Bürgerschaft gab es die unterschiedlichsten Vorstellungen und Ideen für eine politische Zukunft; sie reichte von einer loyalen Haltung zu Dänemark über einen Anschluß an den Deutschen Bund bis hin zur völligen Autonomie Schleswig-Holsteins.

Der Konflikt zwischen deutschen Patrioten und dem dänischen Gesamtstaat spitzte sich zu Beginn des Jahres 1848 zu. Der neue König Friedrich VII. geriet unter den nationalistischen Einfluß der Eiderdänen, die rigoros die Einverleibung des Herzogtums Schleswig in Dänemark anstrebten. Gesteigert wurde die politische Erregtheit in den Herzogtümern durch die Revolution in Berlin am 18. März 1848. Und auch die Proklamation des preußischen Königs, sich an die Spitze der deutschen Einheitsbewegung zu stellen, konnte nicht ohne Auswirkung auf die Entwicklung in Schleswig-Holstein bleiben. Am 24. März bildete sich die provisorische Regierung in Kiel.

Wie sollte sich die Stadt Flensburg verhalten? Nach Beratungen mit den städtischen Gremien legte man sich auf eine pragmatische Linie fest. Vor allen Dingen wollte man eine Spaltung der Bürgerschaft vermeiden, um revolutionäre Stimmungen nicht in die Stadt zu holen. Deshalb begrüßte Bürgermeister Callisen

weder die neue provisorische Regierung offiziell, noch huldigte er dem dänischen König. Er gab vielmehr bekannt: „Wir wollen die ungeschmälerete Fortdauer der bisherigen Stellung des Herzogtums Schleswig und dessen Verbindung mit dem Herzogtum Holstein.“ Er warb bei der provisorischen Regierung besonders um Verständnis für die wirtschaftlichen Verflechtungen der Stadt Flensburg mit Dänemark. Eine eindeutige Stellungnahme der Stadt zugunsten der provisorischen Regierung, so fürchtete Callisen, würde den Ruin der Kaufleute in der Stadt und damit den Ruin der Stadt selbst bedeuten.

Im Laufe der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Dänemark und den Schleswig-Holsteinern, die bis 1850 von den Preußen unterstützt wurden, hielt sich die Stadt Flensburg mit ihrem Engagement für die eine oder andere Seite so weit wie möglich zurück. Das wechselnde Kriegsglück und der ungewisse Ausgang der Auseinandersetzung ließen nach Auffassung des Magistrats keine eindeutige Haltung zu.

Die Landeszeitung traf sicherlich den Nagel auf den Kopf, als sie die Haltung Flensburgs folgendermaßen umschrieb: „Von den Städten der Herzogtümer hat sich, wie zu erwarten stand, Flensburg seiner materiellen Interessen eingedenk, am wenigsten patriotisch gezeigt, ... da es eine reine Handelsstadt ist.“ Die Behauptung läßt sich untermauern durch Äußerungen König Friedrichs VII., der sich nach der für die Dänen siegreichen Schlacht bei Bau am 9. April 1848, für die freundliche Aufnahme in der Stadt bedankte und versprach, der Stadt gegenüber wohlwollend zu handeln. Er sagte: „Sagen Sie Ihren Mitbürgern, daß Ich Ihrer Stadt soviel Gutes tun werde, wie ich nur immer kann!“

Solche Versprechungen kommen nicht von ungefähr. Das Verhältnis der Stadt zur provisorischen Regierung in den folgenden Jahren blieb distanziert bis kühl. Bürgermeister Callisen leistete zwar keinen Widerstand und folgte den Anordnungen der provisorischen Regierung, aber er unterstützte sie auch nicht aus freien Stücken. Die Haltung der Bürger in der Stadt war ebenfalls gespalten wie vorher. Callisens oberstes Ziel blieb es, einen offenen Konflikt in der Stadt zu vermeiden.

Die schleswig-holsteinische Sache wendete sich in dem Augenblick, als Preußen und Dänemark am 2. Juli 1850 einen Frieden schlossen, Preußen seine Truppen aus Schleswig-Holstein abzog, so daß die Schleswig-Holsteiner allein auf sich gestellt waren.

Am 17. Juli zogen wieder dänische Truppen in Flensburg ein. Als am 25. Juli in einer bitteren Schlacht bei Idstedt die schleswig-holsteinische Armee von den Dänen geschlagen wurde, war die Hoffnung dahin, die schleswig-holsteinische Frage zugunsten der Schleswig-Holsteiner zu lösen. Die dänische Herrschaft wurde wieder in den Herzogtümern errichtet mit der Begleiterscheinung, daß unliebsame Beamte entlassen und engagierte deutsche Patrioten keine

Arbeiterlaubnis in den Herzogtümern erhielten.

Flensburgs Bürger feierten den dänischen Sieg, deutsche Patrioten wurden denunziert und verfolgt. Das politische Klima in der Stadt hatte sich erheblich verschlechtert.

Als Friedrich VII. im September 1850 wieder nach Flensburg kam, zeigte er sein Wohlwollen gegenüber der Stadt. Er erklärte Flensburg zur Hauptstadt des Herzogtums Schleswig und zum Sitz seiner Regierung. Zusätzlich erhielt es das Oberappellationsgericht für Schleswig sowie die Zentralkasse. Das Generalkommando für das Herzogtum wurde hierher verlegt und mit einer starken Garnison ausgestattet. Ab 1854 residierte auch der Bischof von Schleswig einige Jahre in Flensburg. Als Folge dieser Maßnahme zogen zahlreiche Beamte und Offiziere aus dem Königreich in die Stadt. Flensburg erlangte in dieser Zeit eine beachtliche Bedeutung innerhalb des dänischen Staates. Der deutsch-dänische Gegensatz allerdings schwelte weiter in der Bürgerschaft.

2. Schleswig-Holstein als preußische Provinz

Mit der wiedererwachenden Nationalbewegung in Deutschland, die natürlich in den Herzogtümern ihren Widerhall fand, verstärkte sich auch der Wunsch der Schleswig-Holsteiner, sich von Dänemark zu lösen. Damit wuchsen aber auch die innerdänischen Spannungen, weil es bisher noch nicht gelungen war, eine einheitliche Verfassung für die einzelnen Reichsteile im dänischen Gesamtstaat zu schaffen.

Die dänischen Anstrengungen, die deutschen Nationalströmungen zu unterdrücken, bewirkten im Grunde das Gegenteil, so daß die Spannungen wuchsen. Sie wurden schließlich ins Unerträgliche gesteigert, als die nationalliberale Regierung in Kopenhagen am 30. März 1863 ein sogenanntes Patent vorlegte, das die Gesamtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg endgültig beseitigte. Im November 1863 wurde schließlich durch die sogenannte Novemberversammlung das letzte schwache Band zwischen den Herzogtümern beseitigt, weil es die Vereinigung Schlesiens mit Dänemark bedeutete. Dieser Bruch des Londoner Protokolls von 1852 paßte im Grunde in die außenpolitische Konzeption Bismarcks.

Der Bundestag in Frankfurt beschloß eine Bundesexekution in Holstein, da hier die Rechte des Bundes unmittelbar berührt waren. Preußen und Österreich wurden mit der Bundesexekution beauftragt. 35.000 Preußen und 21.000 Österreicher überschritten am 1. Februar 1864 die Eider und rückten in Schleswig ein unter Führung des 80jährigen Oberbefehlshabers von Wrangel. Nach kleineren Gefechten an der Schlei und bei Oeversee rückten die Truppen weiter vor, nahmen nach heftigen Kämpfen die Düppeler Schanzen ein, so daß die vereinigten Truppen nach Jütland und Alsen vorstießen. Im Frieden von Wien trat

Dänemark im Oktober 1864 die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg ab.

Nach der preußisch-österreichischen Auseinandersetzung 1866 trat Österreich seine Rechte in Schleswig und Holstein an Preußen ab. Am 12. Januar 1867 wurden die Herzogtümer durch das Annexionsgesetz zur preußischen Provinz gemacht.

Die heiß umkämpfte deutsche Nordmark war damit auf einen Weg verwiesen, der ihre Geschichte in völlig neue Bahnen lenkte. Für die politische Geschichte Schleswig-Holsteins bedeutete der Anschluß an Preußen das Ende des staatlichen Eigenlebens. An seine Stelle trat die Verwaltungsgeschichte der Provinz im Rahmen des preußischen Staates und der Verfassung des Reiches von 1871. Das soll uns aber im Rahmen dieses Vortrages nicht weiter beschäftigen, weil wir einen Blick auf die nationalen Gegensätze in den Herzogtümern werfen wollen.

Die preußische Verwaltung verfuhr gegenüber den Eigenständigkeitsbestrebungen der Schleswig-Holsteiner und gegenüber dänischer Agitation unnachgiebig und konsequent. Während sich schleswig-holsteinische Auflehnung eigentlich nur in Wahlen ausdrückte, verstärkte sich nach der Annexion die Arbeit der dänischen Minderheit. Das aber war den Preußen ein Dorn im Auge.

In der folgenden Zeit verschärfte sich auch das Vorgehen der preußischen Behörden gegen die dänische Minderheit. Man setzte rigorose Mittel ein, um deren politische und auch kulturelle Arbeit zu unterdrücken. Hier einige Stichpunkte:

- 1888 bestimmte eine Sprachverfügung, daß Deutsch in allen Schulen alleinige Unterrichtssprache sein sollte.
- 1890 wurde der „Deutsche Verein für das nördliche Schleswig“ gegründet
- 1898 begann die sogenannte Köllerpolitik, die darauf abzielte, die dänischgesinnten Nordschleswiger einzuschüchtern. Mit Massenausweisungen von Angestellten, die aus Dänemark stammten, wollte man deren deutschgesinnte nordschleswigsche Arbeitgeber unter Druck setzen; Eltern wurden sogar aufgefordert, ihre Kinder von reichsdänischen Schulen zu nehmen, sonst wurden die dänischen Staatsbürger ausgewiesen.
- 1909 In Anknüpfung an das deutsche Vereinsgesetz verboten die sogenannten Maigrundsätze von 1907/09 das Dänische als Verhandlungssprache in öffentlichen Veranstaltungen; reichsdänischen Rednern und Künstlern war jegliches Auftreten im Grenzgebiet untersagt.

Beispielsweise führten die Maigesetze dazu, daß man dem Polarforscher Amundsen untersagte, im Colosseum einen Vortrag in norwegischer Sprache zu halten. Schließlich hob Berlin dieses Verbot wieder auf.

Diese harte, auf eine endgültige Lösung gezielte Minderheitenpolitik, fand auch bei den Schleswigern keine Unterstützung. Die Gegner dieser Kollerpolitik sammelten sich in dem 1909 von Pastor Schmidt-Wodder gegründeten „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“.

Der „Deutsche Verein für das nördliche Schleswig“ war da schon etwas forscher in seinen Forderungen gegen dänische Agitation. Auf Kundgebungen in den Lokalen „Colosseum“ und „Bellevue“ sagten die Redner u. a.: „Durch alle Maßnahmen der dänischen Agitation wird uns der Kampf aufgezwungen, wir werden angegriffen, nicht etwa die Dänen Schleswigs, die zudem überhaupt dänisch-gesinnte Schleswig-Holsteiner sind.“ Und in einer Resolution gaben sie zum Ausdruck, „daß Behörden und Private zu der Einsicht gelangen möchten, daß nachgiebige Versöhnungspolitik von den Dänen nur als Schwäche ausgelegt wird und die Stoßkraft der Agitation stärkt. Auch wir wollen Frieden und Versöhnung, aber wir sind überzeugt, daß dieses Ziel nur durch würdige Festigkeit erreicht werden kann. Nordschleswig ist deutsch, der Deutsche ist dort Herr im Hause, und wer dort sonst noch wohnen will, muß das deutsche Hausrecht achten und sich ihm fügen.“

Der „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ und Pastor Schmidt-Wodder stellte sich gegen diese rigorose nationalistische Haltung. Er bekannte auf einer Veranstaltung, daß es dänische Agitation in Schleswig gäbe, aber er wandte sich entschieden gegen die Vorschläge des „Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig“ und sagte u. a.: „Wohl müssen deutsche Sprache und deutsche Sitte in Nordschleswig eindringen, aber wir haben deshalb noch lange kein Recht, der dänischsprechenden Bevölkerung die Sprache zu nehmen. Genau so wie wir liebt der dänische Mann seine Sprache, in der schon seine größten Geister gesprochen. Wir stellen deshalb die Losung auf: Die Regierung muß Zurückhaltung üben. In der kleinlichen Weise, daß bei jedem Versammlungshause ein Gendarm postiert ist, machen wir nicht mit.“

Dagegen verzichtete der Deutsche Verein nicht auf seine Nordmarkversammlungen, die wiederum von dänischer Seite als „truselømøde“, als Drohversammlung, bezeichnet wurden, und auch die Sozialdemokraten nannten diese Veranstaltungen „Nordmark-Possenspiel“ oder „Spektakelversammlung“. Man begrüßte dagegen Schmidt-Wodders Friedensappell.

Der Erste Weltkrieg zog zunächst einen Schlußstrich unter diese Auseinandersetzungen. Die nationalen deutschen Emotionen gingen jetzt vor allen Dingen in die französische Richtung. Beim Kriegsausbruch 1914 hätte wohl niemand in der Grenzregion geglaubt, daß der deutsche Charakter Flensburgs, beziehungsweise des nördlichen Teils der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, jemals in Zweifel gezogen werden könnte.

Aber es hatten sich Veränderungen seit 1867 ergeben. Während durch intensive

sprachbezogene Kulturarbeit der dänischen Volksgruppe im nördlich von Flensburg gelegenen Teil Schlesiwijs die dänische Stimmzahl bei Wahlen ständig stieg, sank sie in Flensburg selbst kräftig von 48,4 % im Jahre 1871 auf 3,9 im Jahre 1912. Daran wird deutlich, daß sich die Stadt Flensburg allmählich „aus einer halben dänischen“ in eine eindeutig deutsche Stadt gewandelt hatte.

Für diese unterschiedliche Entwicklung in Nordschleswig und Flensburg gibt es eine plausible Erklärung. Die Stadt war seit Ende des 14. Jahrhunderts deutschsprachig gewesen. Die Kultursprache war hochdeutsch, die allgemeine Verkehrssprache plattdeutsch. Nach einer Volkszählung von 1900 gab es nur 6,2 % Flensburger mit Dänisch bzw. Deutsch und Dänisch als Muttersprache.

Zwei Komponenten hatten die eindeutige Hinwendung zum Deutschtum bewirkt: zum einen die allmähliche Zuwendung der führenden bürgerlichen Schicht zum preußischen Staat nach 1864 und zum anderen der 1886/87 vollzogene Übergang der Flensburger Arbeiterschaft zur deutschen Sozialdemokratie. Beide Schritte waren in erster Linie aus wirtschaftlichen Beweggründen erfolgt.

Je länger der Erste Weltkrieg dauerte, desto stärker wuchs die Hoffnung bei den im deutschen Heer kriegsdienstleistenden dänisch gesinnten Nordschleswigern, daß es zu einer Abstimmung im nördlichen Teil Schlesiwijs kommen müsse, weil Deutschland den Krieg nicht gewinnen könne. So blieb es nicht aus, daß nach der deutschen Niederlage 1918 von dänischer Seite ganz massiv die Forderung nach Abtretung Nordschlesiwijs erhoben wurde.

3. Die Volksabstimmung 1920

Ziel der Politik der dänisch gesinnten Nordschleswiger war es, bei Kriegsende 1918 die dänische Regierung und die Alliierten für eine Wiedervereinigung Nordschlesiwijs mit Dänemark zu gewinnen. Es gab in dänischen Kreisen anfangs unterschiedliche Auffassungen über die Grenzlinie und die Modalitäten einer neuen Grenzziehung. Schließlich einigte man sich im dänischen Lager auf die Forderungen des „Wählereins“: en-bloc-Abstimmung in Nordschleswig; südlich der sogenannten Clausen-Linie sollte in mehreren Abstimmungszonen die Möglichkeit zu einer Volksabstimmung gegeben werden. Deutsch-dänische Verhandlungen lehnte der „Wählereins“ ab. Der Friedenskongreß in Paris sollte sich mit dieser Frage befassen.

Während die dänische Regierung in Kopenhagen die forschenden Forderungen der dänischen Nationalisten zu bremsen versuchte, erhielten die Dänen Unterstützung im Ausland. So schrieb die englische „Times“ am 4. November 1918 in einem Leitartikel: „Dem Volk von Schleswig soll freistehen, seine eigene Verbindung zu bestimmen.“

Die schlesiwijsche Sache ist ein fundamentales Beispiel für die Art und Weise, in der Preußen und Österreich ihre Macht gebrauchten, um das Prinzip der

Selbstbestimmung umzustoßen. Das ganze Unrecht muß wieder gutgemacht werden.“ Dieses Unrecht schuf aber wieder neues Unrecht, denn wenn es eine geschlossene Abstimmung in Nordschleswig geben sollte, würden ganz sicher Gebiete mit deutscher Mehrheit majorisiert werden. Das fürchteten auch beispielsweise die Tonderaner Bürger, die im Februar 1919 diese Sorge in einer EntschlieÙung äußerten: „Tondern ist eine deutsche Stadt. Wir wollen bei Deutschland bleiben in bösen wie in guten Tagen. Wir protestieren gegen jede Gewaltpolitik, insbesondere gegen eine feindliche Besetzung. Wir stehen auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes. Wir wollen es gerechterweise angewendet wissen, so daß kein Gebiet mit deutscher Mehrheit vergewaltigt wird.“ Die Stimmung in den anderen überwiegend deutschen Städten Apenrade und Hadersleben war ähnlich gelagert.

Einige Monate später, im Februar 1919, fordert Pastor Schmidt-Wodder: „Dänemark will eine neue Grenze, und wir werden uns mit dem Gedanken auseinandersetzen müssen, daß es so kommt. Aber wenn es so kommt, dann muß die Grenzregulierung nach Gerechtigkeit erfolgen ... Die Lage ist schwierig für uns, weil hinter Dänemark die Entente steht; aber Dänemark hat noch immer nicht das Recht, uns als Sieger gegenüberzutreten. Das ist eine Anmaßung, die wir nicht.“ Das Recht sah Schmidt-Wodder natürlicherweise aus einem anderen Blickwinkel als die Dänen: „ ... eine Zweidrittelmehrheit muß dazu gehören, wenn das, was eingewurzelt ist, verändert werden soll. Außerdem muß gemeindeweise abgestimmt werden.“

GroÙe Sorge hatte man auch in der Stadt Flensburg. Die städtischen Kollegien wandten sich energisch gegen eine Teilung des Herzogtums Schleswig und damit einer Trennung Flensburgs von Nordschleswig. Die in Jahrhunderten gewachsenen wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen der Stadt Flensburg mit Nordschleswig sollten zerschnitten werden? Flensburg sollte Grenzstadt werden? Diese Vorstellung war so unglaublich, daß niemand diese Entwicklung für möglich hielt.

Für Jammern, Zagen und Streiten blieb den Deutschen im Grenzland aber nicht viel Zeit, als am 7. Mai 1919 der Versailler Friedensvertrag veröffentlicht wurde, der deutlich machte, daß die Alliierten den Wünschen der Dänen in großem Maße entgegengekommen waren. Man hatte zwar eine Annexion Nordschleswigs durch Dänemark verhindert, aber am Prinzip der en-bloc-Abstimmung in Nordschleswig festgehalten. Dafür sollte dann südlich der Clausen-Linie (der heutigen deutsch-dänischen Grenze) gemeindeweise abgestimmt werden. Über den ordnungsgemäÙen Ablauf der Abstimmung wachte die Internationale Kommission (CJS), die sich aus Engländern, Franzosen, Norwegern und Schweden zusammensetzte. Ihnen standen Sachbearbeiter von deutscher und dänischer Seite zur Verfügung.

Im Grenzland brach jetzt eine Hektik aus. Beide Seiten hatten knapp 9 Monate Zeit (von der Veröffentlichung der Versailler Vertrages bis zur Abstimmung), die Entscheidung für sich zu gewinnen. Dieser Kampf um die Stimmen peitschte die nationalen Gefühle im Grenzland hoch. Nachbarn, die zwar der einen oder anderen Volksgruppe angehörten und vorher freundschaftlich miteinander verkehrt hatten, wurden zu scharfen Konkurrenten. Jeder Einzelne war gefordert, sich für die deutsche bzw. dänische Sache einzusetzen.

Auf deutscher Seite stellte man die Auseinandersetzungen untereinander zurück, die u. a. über den Verlauf der neuen Grenze entstanden waren. Die deutschen Kräfte sammelten sich im „Deutschen Ausschuß“ und organisierten in ihren Gremien den Abstimmungskampf. Der Geschäftsführer Dr. Kähler zog mit seinen Mitarbeitern ins Lutherhaus der Nikolaigemeinde. Von hier aus wurden Rednereinsätze in Nordschleswig organisiert, die auswärtigen Stimmberechtigten (rd. 25.000) registriert, Wohnwechsel und polizeiliche Meldungen besorgt und die Unterbringung und Versorgung der etwa 10.000 deutschen Abstimmungsgäste organisiert. Dazu war eine ansehnliche Organisation nötig, die man in kurzer Zeit aufgebaut hatte. Schließlich waren 50 hauptamtliche und 600 ehrenamtliche Kräfte beschäftigt.

Dazu stieß noch eine andere Arbeitsgruppe, die von Dr. Alnor geleitet wurde, der u. a. ein Nachrichtenbüro aufbaute.

Der führende Kopf der einzelnen Arbeitsgruppen wurde Dr. Adolf Köster, Sozialdemokrat, seit dem März 1919 Staatskommissar für Schleswig-Holstein und später Bevollmächtigter bei der Internationalen Kommission. Er setzte sich über die partei- und verbandspolitischen Vorurteile und Ränke hinweg. Neben seiner Integrationsfähigkeit erwarb er sich große Verdienste für Flensburg und das gesamte Grenzland dadurch, daß er durch seine Verbindungen zu den Landes- und Reichsbehörden immer wieder finanzielle Quellen öffnete. Es gelang ihm darüber hinaus, die Reichsregierung, die in dieser Zeit in unzähligen Schwierigkeiten gefangen war, zu eindeutigen Stellungnahmen für die deutsche Sache zu veranlassen.

So erklärte die Reichsregierung vor der Abstimmung u. a.: „Die Reichsregierung wird keine andere Entscheidung in der schleswigschen Grenzfrage anerkennen, als eine solche, die dem Wortlaute und Geiste des Friedensvertrages entspricht. ... Sollte der Versuch gemacht werden, eine große Stadt wie Flensburg oder weitere Stücke der 2. Zone trotz deutscher Stimmabgabe Deutschland zu entreißen und Dänemark zuzusprechen, so würde die deutsche Reichsregierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um einen solchen klaren Bruch des Friedensvertrages abzuwehren ...“

Das war eine klare Sprache gegen Annektionen, aber für eine völkerrechtlich einwandfreie Lösung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes.

Im Grenzland brauchte man auf deutscher Seite in dieser Zeit Rückenstärkung, um wieder selbst Mut zu finden nach der deprimierenden Niederlage des Krieges und vor den kommenden Folgen einer zu erwartenden Abtretung Nordschleswigs. Man machte sich auch selbst Mut, versuchte, andere zu stärken, zu überzeugen, daß die deutsche Sache noch nicht verloren sei. Die Flugblattproduktion stieg ins Unermeßliche, Tausende von Plakaten mit immer neuen Aufrufen wurden gedruckt. Man war so mit sich beschäftigt, daß man die Unruhen, Streiks und später sogar den Kapp-Putsch gar nicht wahrnahm.

Schließlich nahte der Abstimmungstag in der 1. Zone, der 10. Februar 1920. Sollte das schlechte Wetter ein schlechtes Omen sein? Die Abstimmung ging fast erwartungsgemäß für die Deutschen verloren: Rund 75.000 dänischen Stimmen standen rund 25.000 deutsche Stimmen gegenüber, ein eindeutiger Sieg. Allerdings zeigte die Abstimmung beachtliche deutsche Mehrheiten in den Städten: in Tondern 76 %, Hoyer 73 %, Apenrade immerhin 54 % und Sonderburg 55 %.

Alle Proteste von deutscher Seite halfen wenig, die Grenze wurde eine bittere Tatsache. Während einige Blätter sich scharf gegen den Verlust Nordschleswigs wendeten, wie die BZ am Mittag, „Nordschleswig verloren! ... Ein Trauertag für Deutschland. Die Vergewaltigung der Städte. Eine schwere Ungerechtigkeit. Selbstbestimmung unter französischen Bajonetten ...“, akzeptierten beispielsweise die Sozialdemokraten die Wahlentscheidung, wiesen aber in ihrer Zeitung „Vorwärts“ darauf hin, daß es große deutsche Mehrheiten gegeben habe: „Aus diesen Zahlen geht das Unrecht der en-bloc-Abstimmung deutlich hervor. Es wird gar nicht der Versuch gemacht, eine Grenzlinie zu ziehen, die dem Abstimmungsergebnis in möglichst peinlicher Genauigkeit Rechnung trägt . . .“

Am 9. Juli verkündete König Christian X. das Gesetz über die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark auf der Grundlage der Volksabstimmung, die aufgrund des Artikels 110 des Versailler Vertrages durchgeführt worden war. In einem Grußwort an die Bürger Tonderns schrieb König Christian X. am Schluß den versöhnlichen Satz: „ ... Lad os nu slutte os samme og glemme had og strid og tænke på vor fremtid og vor arbejde.“ Am 12. Juli besuchte der König Tondern selbst und bereiste sein neues Gebiet Nordschleswig.

Für die Deutschen wurden diese Tage zu Tagen der Trauer, Niedergeschlagenheit und Verbitterung, denn eine nicht unerhebliche Anzahl von Deutschen verließ ihre angestammte Heimat, weil sie keine dänischen Staatsbürger werden wollten. Deshalb ist die Haltung Pastor Schmidt-Wodders, einer der Wortführer in Nordschleswig beachtenswert, der anläßlich des Besuches des dänischen Königs in Tondern am 12. Juli u. a. schrieb: „Ew. Majestät haben den Jubel einer Bevölkerung gesehen, die auf den heutigen Tag gehofft hat durch manches Jahrzehnt ... Ew. Majestät haben nicht gesehen, wie schwer dieser Tag all den

Deutschen wird, die durch die gleiche Entscheidung von ihrem Mutterstaate getrennt, in der Lebensgemeinschaft mit ihrem Volk gestört sind, und ihren Staat und ihr Volk so lieb hatten wie nur je ein Däne das seine.

Wir vertrauen darauf, daß ein König seine neuen Untertanen höher schätzt als einen falschen Schein oder einen schwächlichen Gesinnungswechsel.

Darum soll das unsere Huldigung sein am heutigen Tage, daß wir Ew. Majestät in aller Ehrerbietung als aufrechte deutsche Männer, als treue deutsche Frauen zu erkennen geben: Diese Liebe in unsern Herzen stirbt nicht ...“

Der Abstand zwischen der Abstimmung in der 1. und der 2. Zone betrug etwa 4 Wochen. Auf Flensburg, der größten Stadt im schleswigschen Land konzentrierten sich jetzt alle Anstrengungen. Nach dem Verlust Nordschleswigs wollten die Deutschen hier wenigstens einen überzeugenden Sieg erzwingen, die Dänen eine weitere Grenzverlagerung erreichen.

So schlugen die Emotionen noch einmal hoch. Und wieder Flugblätter, Plakate, Zeitungen und Zeitschriften. Die Parolen schallten hinüber und herüber: „Es war immer etwas faul im Staate Dänemark. Vertraue deutscher Kraft und deutscher Zukunft!“ oder „Wenn wieder die Fahne ist weiß und rot, dann ist beendet die bittere Not!“ Während die dänische Seite auf die chaotischen Zustände im Reich und die unsichere Zukunft Deutschlands aufmerksam machte, appellierte man von deutscher Seite an das nationale Ehrgefühl und polemisierte gegen den Versuch der dänischen Wahlbeeinflussung oder die Vergewaltigung deutscher Bevölkerungsteile.

Am Vortag des 14. März 1920 rief der Deutsche Ausschuß in Flensburg die Deutschen zu einem Umzug durch die Hauptstraßen der Stadt auf. „Die große Heerschau aller Deutschen vor der Abstimmung muß zu einer überwältigenden Kundgebung für unsere deutsche Stadt werden. Jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau hat die Pflicht, sich an dem Umzug zu beteiligen. Das ganze deutsche Vaterland blickt erwartungsvoll auf Flensburg.“

Der Umzug am 13. März wurde zu einem deutschen Triumphzug durch die Stadt. Etwa 35.000 Menschen trafen sich auf der Exe und marschierten durch die Straßen der Stadt zum Wahrzeichen Flensburgs, zum Nordertor, und wieder zurück durch die mit überwiegend blau-weiß-roten Fahnen geschmückte Stadt. Die deutschen Zeitungen sprachen noch einmal in blumigen Worten das Nationalgefühl an, so z. B.: „Zum Sieg! Der Sieg ist unser! Wer zweifelt noch daran? Aus einem Meer von deutschen Flaggen jubelt er uns entgegen, in dem brausenden Klang unseres alten schleswig-holsteinischen Kampfliedes tönt er durch die Straßen, und durch abertausend deutsche Herzen zieht er wie Frühlingssturm und Schlachten wetter.“

Auf der anderen Seite versuchten die Dänen den Kapp-Putsch für ihre Sache auszunutzen, der das Reich in erneute Schwierigkeiten gestürzt hatte: „Die

republikanische Regierung ist gestürzt. Noske, Ebert und Bauer sind geflüchtet. Der reaktionäre Generallandschaftsdirektor von Kapp, der erbitterteste Feind des Proletariats, steht am Ruder. Generalstreik ist proklamiert. Alles Reden von Arbeiterfreiheiten ist von heute ab Bluff. Wer in Zukunft unter demokratischen Verhältnissen leben will, muß für Dänemark stimmen!“

Am Sonntag, 14. März 1920, wurde die Stimmung der beiden Bevölkerungsgruppen durch Plakatüberschriften und Flugblätter noch einmal aufgepeitscht, hier eine kleine Auswahl:

— „Was der Deutsche gesät, soll der Däne ernten?“

— „Vågn og stem for Danmark.“

— „Seit 1000 Jahren sind wir Schleswiger. Wir wollen Schleswiger bleiben, darum stimmen wir deutsch.“

— „Mor! stem dansk. Tænk på mig.“

Mit großer Spannung wartete man auf das Ergebnis der Abstimmung, das endlich um 23.30 Uhr feststand. Mit überwältigender Mehrheit hatten sich die Bewohner der 2. Zone für einen Verbleib bei Deutschland entschieden, mehr als 50.000 deutsche Stimmen gegen 12.800 dänische; in Flensburg selbst stimmten fast 30.000 deutsch und knapp 9.000 dänisch. Ein unbeschreiblicher Jubel, aber auch große Erleichterung machte sich bei der deutschen Bevölkerung breit, Enttäuschung bei den Dänen.

Damit waren jetzt endgültig Tatsachen geschaffen worden, die auch durch Einsprüche und Widersprüche der deutschen oder dänischen Seite nicht mehr geändert wurden. Revisionsgedanken wurden durch die Rechtslage ausgeschlossen. Die neue Grenze war eine Tatsache geworden und damit auch, daß Flensburg durch die Abstimmungsergebnisse zu einer Grenzstadt geworden war. Das war durchaus ein Wermutstropfen im Siegesgefühl der deutschen Bevölkerung. Die Dänen feierten die Einverleibung Nordschleswigs auf der Wiedervereinigungsfeier in Düppel, wenn sie in ihren Reden auch einräumten, daß der erhoffte umfassende Sieg nicht gelungen war. Einige sprachen auch offen die Hoffnung aus, die Grenze in der Zukunft noch weiter südlich ziehen zu können, während die deutsche Seite den dänischen Chauvinismus anklagte. Das Flensburger Tageblatt schrieb in diesen Wochen: „Für jeden, der deutsch stimmte, ist dieser Tag ein Lohn. Wir bleiben deutsch! Der erste große Sieg, den Deutschland seit dem Juli 1918 errungen hat. Es bleibt nicht der letzte. Und auch in der schleswigschen Frage wird heute nicht das letzte Wort gesprochen!“

Von großer Souveränität zeugen die Worte Adolf Kösters: „Wir Deutsche hatten niemals Zonen in Schleswig, sondern immer nur Deutsche und Dänen, niemals eine Trennung auf dem Papier, sondern immer nur eine lebendige Grenze der Menschen und ihrer Gesinnung anerkannt. Wir konnten nicht jubeln, daß ein Begriff gesiegt hatte statt einer Idee, und daß ein Machtanspruch gefällt war statt

einer Rechtsentscheidung. Und darum klang auch an diesem Tage in den Siegesglocken von Friesland bis Angeln ein Ton der Wehmut und des Schmerzes mit ...“

Die Abstimmung hatte gezeigt (und Adolf Köster drückt es in seinen Worten aus), eine Grenzziehung, die beide Nationalitäten vollständig voneinander trennt, war nicht möglich, weil beide Volksgruppen seit Jahrhunderten gemischt lebten. Beiden Staaten blieben annähernd gleiche Minderheiten, die man zu respektieren hatte, aber auch respektieren wollte. In der Weimarer Verfassung wurde im Artikel 113 festgehalten: „Die fremdsprachigen Volksteile des Reiches dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.“ Und in einem preußischen Erlaß von 1928 hieß es: „Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum ist frei und darf von Amts wegen nicht nachgeprüft noch bestritten werden.“

Wir sitzen heute zusammen im 1930 eingeweihten Deutschen Haus, einem Gebäude, das ausdrücklich — so wurde es bei den ersten Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Stadt festgelegt — der Pflege der deutschen Kultur dienen sollte. Deshalb wurden dänische Veranstaltungen in der Weimarer Zeit nicht in diesem Haus zugelassen. Über der Eingangstür des Deutschen Hauses steht der Spruch: „Reichsdank für deutsche Treue!“

Die Situation im Grenzland nach 1945

In den folgenden Jahrzehnten gab es eine ganze Reihe von Anlässen und Begebenheiten, die die Unruhe im Grenzgebiet steigen ließ, die Aggressionen verstärkte und die Aussöhnung verzögerte; ich möchte hier nur einige Punkte aufzählen, die vielfältige Behinderung der dänischen Minderheit im südschleswigschen Teil oder die Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen im Zweiten Weltkrieg. Dänemark mußte ständig eine Revision der Grenze befürchten. Die Katastrophe von 1945 schien dann die Gelegenheit zu bieten, die Grenze zu revidieren, diesmal wieder in umgekehrter Richtung. Während die deutsche Minderheit nach 1945 sich loyal zu König und Staat erklärte und die Grenze als unumstößlich anerkannte, gab es innerhalb der dänischen Minderheit starke Bestrebungen, die deutsche Niederlage zu einer Grenzrevision zu nutzen. Ein Angriffspunkt der dänischen Minderheit waren die vielen Flüchtlinge im Landesteil, die nach Ansicht der Dänen eine Bedrohung des Volkscharakters der schleswigschen Bevölkerung bedeuteten. In mehreren Eingaben an die britische Militärregierung wurde auf diese Problematik hingewiesen und auf eine Grenzregulierung nach einer Volksabstimmung hingearbeitet. Die britische Militärregierung versuchte beschwichtigend auf die dänische Regierung zu wirken, auch in der Erkenntnis, daß die Ursache für das starke Anwachsen der dänischen

Minderheit nicht nur im sich ausbreitenden dänischen Volkscharakter liegen konnte, sondern auch in der Not der deutschen Bevölkerung liegen mußte, die von den Dänen in dieser Notzeit unterstützt wurde, wenn sie sich zur dänischen Minderheit bekannte.

Im Oktober 1948 äußerte sich Lord Henderson zur Südschleswigfrage u. a.: „Ich bin der Meinung, daß man diese Frage in Dänemark jetzt vor einem ganz anderen und größeren Hintergrund ansehen muß, ... Sie müssen diese Frage nun in Beziehung zu dem übrigen Europa betrachten. Europa ist leider in zwei Hälften geteilt, und Dänemark liegt recht nahe an der Scheidelinie. Die westliche und christliche Zivilisation steht mit dem Rücken an der Mauer und einer bedeutenden Bedrohung von Osten her gegenüber. ... Ich möchte Ihnen nahelegen, daß sie ihre nationale Sicherheit jetzt nicht auf der Basis von Südschleswig betrachten, sondern auf der Basis der Sicherung der Einfahrtswege in die Ostsee ... und auf der Grundlage, wieviel willige politische und andere Unterstützung Sie von Ihren Nachbarn im Norden und Süden und natürlich auch im Westen erhalten werden. Glauben Sie nicht, daß Ihre Stellung sich etwas verschlechtern wird, wenn Sie ein ständiges Reizmoment in Ihrem Verhältnis zu Westdeutschland haben?“

Die Dämpfungsversuche und die sich stabilisierenden Verhältnisse in Deutschland trugen zur Befriedung im Grenzland bei. Trotz der gegenseitigen Ressentiments gerade nach dem Zweiten Weltkrieg ging man aufeinander zu, wobei jeder die Rechte und kulturelle Bindung des anderen respektierte, gleichzeitig aber um seine eigene Identität kämpfte. Die Idee einer Grenzrevision blieb lediglich in den Köpfen weniger. Statt dessen hat sich seit 1949 aus dem Grenzkampf ein friedlicher, kultureller Wettstreit im Grenzland entwickelt, gerade auch deshalb, weil die Menschen in dieser Region gelernt haben. Sie haben aus der Vergangenheit gelernt, daß nicht provinzielle Kurzsichtigkeit weiterführt, sondern völkerverbindende europäische Freundschaft auf der Grundlage der Bewahrung nationaler Besonderheiten.

Diesen versöhnlichen Schritt unternahmen beispielsweise fünf dänische Parteien, die im Juni 1949 u. a. erklärten: „So wollen wir eine Politik unterstützen, deren Ziel es ist, das Recht der dänischgesinnten Südschleswiger auf nationale, kulturelle und politische Betätigung, gleichberechtigt der übrigen Bevölkerung in Südschleswig, zu sichern.“

Diese Absicherung ihrer Rechte erhielt die dänische Minderheit nach schleswig-holsteinisch-dänischen Verhandlungen in der sogenannten „Kieler Erklärung“ vom 26. September 1949, die durch die „Bonner Erklärung“ und die „Kopenhagener Bekanntmachung“ 1955 größeres diplomatisches Gewicht erhielt. Hier werden die im Grundgesetz verankerten Rechte noch einmal aufgezählt. Allerdings war es das erste Mal, daß deutsche Grundrechte auch ein anderes nationales Bekenntnis anerkannten und so die freie Entfaltung der dänischen Minderheit gewährleisteten.

Die Präambel lautet: „Die schleswig-holsteinische Landesregierung, von dem Wunsche erfüllt, ein friedliches Zusammenleben der dänischen Minderheit mit der deutschen Bevölkerung zu sichern, die berechtigten Belange der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten und ein gut nachbarliches Verhältnis zum dänischen Volk herbeizuführen, erklärt mit Billigung des Schleswig-Holsteinischen Landtages und in der bestimmten Erwartung, daß die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Dänemark dieselben Rechte und Freiheiten einräumen und garantieren wird, folgendes: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 gewährleistet einem jeden und damit auch jedem Angehörigen der dänischen Minderheit ohne Rücksicht auf die von ihm benutzte Sprache . . .“ und dann folgen in 13 Punkten eine Aufzählung von Grundrechten unseres Grundgesetzes, die auch naturgemäß für Angehörige der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein gelten.

So wurde z. B. die 5 %-Sperrklausel bei den Wahlen zum Landtag für die Minderheit aufgehoben, so daß die dänische Minderheit mit einem Abgeordneten im Landtag vertreten ist. Die Zuschüsse für die dänischen Schulen wurden jedes Jahr im Landtag beraten und der Finanzlage und den Erfordernissen entsprechend angepaßt. So kam es zu einer lang ersehnten Entspannung zwischen den Nationalitäten des Landesteils, und die besondere Stellung der Minderheit wurde im Laufe der Zeit in einzelnen Bundes- und Landesgesetzen berücksichtigt.

Die Minderheit unterhält zahlreiche politische, kulturelle und soziale Organisationen. Der Dachorganisation der dänischen Arbeit, dem Südschleswigschen Verein (SSV), dessen Mitgliederzahl bei etwa 22.000 liegt, sind etliche volklich-kulturelle Einzelvereinigungen und Organe angeschlossen, so die dänische Tageszeitung „Flensborg Avis“, die mit einer deutschen Beilage publizistische Öffentlichkeitsarbeit leistet, das Sønderjylland Sinfoniorkester mit Sitz in Sonderburg, sowie die dänische Zentralbibliothek für Südschleswig in Flensburg.

Die Zielsetzung des Vereins und seiner Organisationen ist „die Förderung der Interessen des Dänentums in Südschleswig ... Vermittlung von Kenntnissen der dänischen und friesischen Dichtung ... die Vertiefung des Verständnisses für die Südschleswigsche Heimat und deren Eigenart ...“

Auch der „Bund deutscher Nordschleswiger“ (BdN) leistet im Rahmen der Kopenhagener Erklärung durch intensive Bildungs- und Kulturarbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Völkerverständigung. Diese Dachorganisation der deutschen Minderheit, deren Mitgliederzahl sich auf 4.500 beläuft, unterhält wie die dänische Minderheit in Südschleswig eine Vielzahl von Bildungseinrichtungen, Organisationen und Organen, wie die Tageszeitung „Der Nordschleswiger“.

Durch die Minderheitenregelung von 1955 ist das deutsch-dänische Grenzland in

den vergangenen zwei Jahrzehnten zum „Europäischen Minderheitenmodell“ geworden, zum Musterbeispiel für das Zusammenleben zweier Nationen in einem gemischten Grenzland. Es ist deshalb bedeutsam, weil an die Stelle streitbarer Unruhe die werbenden Aktivitäten der Völker im Grenzland getreten sind, die bereichernde Kraft entfalten, ohne zur Konfrontation zu führen.

Die völkerverbindende Wirkung der Volksgruppen im Grenzland kam auch zum Ausdruck, als die für Flensburgs Infrastruktur notwendige Autobahn von Hamburg über Flensburg hinaus nach Apenrade am 13. Juni 1978 eingeweiht wurde. Die beiden Staatsoberhäupter Deutschlands und Dänemarks unterstrichen die Bedeutung dieser neuen Verbindung nach Norden durch ihre Teilnahme an der Eröffnung. Der damalige Bundespräsident Scheel und Königin Margrethe II. von Dänemark eröffneten den neuen Autobahnübergang bei Flensburg (Ellund/Frøslee) und waren anschließend Gäste im Rathaus Flensburg.

Für Flensburg hatte der Besuch der dänischen Königin auch historische Bedeutung, denn mit Königin Margrethe II. besuchte seit den kriegerischen Auseinandersetzungen von 1864 erstmals wieder ein dänisches königliches Oberhaupt die Stadt.

Königin Margrethe II. spielte auf die historische Bedeutung an, als sie in ihrer offiziellen Rede feststellte: „Hier im Grenzland hat eine friedliche Grenzziehung in Übereinstimmung mit dem freien und klar bekundeten Wunsch der Bevölkerung stattgefunden. Deshalb ist diese Grenze eine, die nicht trennt, vielmehr eine, die auch verbindet. Gerade hier im Grenzland werden Brücken geschlagen, und zwar sowohl die wirtschaftlichen als auch die kulturellen.“ Auch Bundespräsident Scheel hob hervor, daß die Eröffnung der Autobahn nach Dänemark ein „Schritt in Richtung der Verständigung der Menschheit“ sei. Weder Regierungserklärungen noch Gesetze, weder Autobahneröffnungen noch andere verkehrstechnische Maßnahmen hätten eine völkerverbindende Grundstimmung im Grenzland erreicht, wenn nicht die Menschen diesseits und jenseits der Grenze selbst die Einsicht und die Initiative ergriffen hätten, dem Grenzkampf ein Ende zu bereiten, um der Verständigung zwischen beiden Volksgruppen ein Tor zu öffnen.

Die am vergangenen Montag vollzogene Einweihung des neuen Deiches zwischen dem Sylter Damm und Emmerlev Kliff ist ein weiterer Beweis für die deutschdänische Zusammenarbeit. Vielleicht hat dieser Deichbau auch einen Symbolcharakter. „Wer nich will dieken, mut wicken!“ sagt das Sprichwort. Und ich möchte deshalb schließen mit der Frage:

Ob der von beiden Nationen gebaute Deich nicht auch Symbol sein könnte für einen Dammbau gegen nationalistische Fluten oder sogar Sturmfluten?

Wir wollen hoffen, daß uns solche Sturmfluten nicht erreichen oder erfassen.

Zu den Beziehungen zwischen der deutschen und dänischen Arbeiterbewegung 1871-1900*

Das letzte Drittel des vorigen Jahrhunderts war die Zeit des Aufbaus der europäischen Arbeiterparteien. Nach dem Scheitern der frühen englischen Arbeiterbewegung, dem Chartismus, und der folgenden politischen Abstinenz der englischen Arbeiter wurde die deutsche Partei die wichtigste, die die Entwicklung in den Nachbarländern entscheidend beeinflusste. Dafür waren mehrere Faktoren bestimmend, wichtig war vor allem, daß es gelang, auf gewerkschaftlichem, politischem und theoretischem Gebiet gleichzeitig zu arbeiten und eine insgesamt erfolgreiche Politik zu entwickeln.

Eine der wichtigsten Personen in dieser Zeit wurde Wilhelm Liebknecht. Nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 war er 1850 nach London gekommen und hatte dort Marx und Engels kennengelernt. 1862 konnte er nach Deutschland zurückkehren und war dort dann der wichtigste Vorkämpfer für eine marxistische Arbeiterpolitik. Zwar befand er sich oft im Gegensatz zu Marx und Engels, die beide seine mangelnde theoretische Einsicht und praktische Politik kritisierten, gleichwohl hat er einen entscheidenden Einfluß nicht nur auf die deutsche Bewegung ausgeübt. Auch im Ausland wurden seine Schriften und Artikel viel gelesen und hatten große Bedeutung für die entstehende Arbeiterbewegung. Sicherlich auch aufgrund seiner persönlichen Eigenschaften war er sehr beliebt und seine Arbeitskraft stellte er voll und ganz in den Dienst der Bewegung — wenige Tage vor seinem Tod im August 1900 hielt er noch einen großen Vortrag in Dresden.

Im Laufe des Jahres 1871 entstand in Dänemark eine sozialistische Arbeiterbewegung: Im Mai erschien die Nr. 1 der „Socialistiske Blade“, ab Juli datiert die Wochenzeitung „Socialisten“, die ab April 1872 als Tageszeitung erschien und heute den Namen „Aktuelt“ führt. Am 15. Oktober fanden die Gründungsversammlungen des „Internationalen Arbeitervereins für Dänemark“ statt. Damit war die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation gegründet, aus der sich alle späteren Organisationen entwickelten. Der Verein wurde zwar bald verboten, trotzdem nahm die Bewegung schnell einen großen Aufschwung. Sie erlitt natürlich Rückschläge, aber um die Jahrhundertwende stand die

* Gekürzte und umgearbeitete Fassung eines Beitrages über „Die Beziehungen zwischen der deutschen und der dänischen Arbeiterbewegung 1871—1900“, veröffentlicht im Ausstellungskatalog „Vor hundert Jahren: Dänemark und Deutschland 1864—1900. Gegner und Nachbarn“, Kopenhagen, Aarhus, Kiel, Berlin 1981/82, S. 74-83; dort (S. 82 f.) auch ausführliche Literaturhinweise.

dänische Arbeiterbewegung erfolgreich vor der Öffentlichkeit: sie hatte alle Spaltungen und auch alle Angriffe der Unternehmer überstanden. Ihre Presse war weit verbreitet und erwirtschaftete große Überschüsse; die Gewerkschaftsbewegung war die bestorganisierte in der ganzen Welt, an die 50 % der Industriearbeiter standen in ihren Reihen. Sie war in beiden Kammern des Parlaments vertreten und hatte eine parlamentarische Taktik entwickelt, die beide Notwendigkeiten berücksichtigte: die unmittelbaren Reformen und die langfristige Politik.

Ein zentraler Zug der dänischen Bewegung war ihr Internationalismus. Sie empfand sich als Teil der internationalen Arbeiterbewegung, sie wußte um den weltweiten Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Obgleich Klassengegensätze in Dänemark nicht so scharf ausgeprägt waren wie in Deutschland — es fehlten z. B. ganz die Großbetriebe — überwogen doch die Gemeinsamkeiten zwischen der deutschen und dänischen Arbeiterbewegung.

Kurz nach der Gründung des „Internationalen Arbeitervereins für Dänemark“ und während eines sehr wichtigen Streiks in der Kopenhagener Werftindustrie begann eine Geldsammlung in „Socialisten“ zugunsten streikender Chemnitzer Metallarbeiter. Dies war bezeichnend: Die unmittelbare gewerkschaftliche Solidarität wurde ein hervortretender Zug der Arbeiterbewegung und nahm vielfältige Formen an: Neben Geldsammlungen, die in Konfliktsituationen (Streiks, Aussperrungen) in beiden Ländern stattfanden, — bei dem dänischen Großkonflikt von 1899 wurden aus Deutschland sehr beträchtliche Geldüberweisungen vorgenommen —, gab es laufend Boykottklärungen, Warnungen vor Zuzug in von Streiks betroffene Städte, die in der Arbeiterpresse veröffentlicht wurden. Dazu gehörte auch die ausführliche Berichterstattung über die ausländische Arbeiterbewegung in der sozialdemokratischen Presse.

Grundlage dieser konkreten Solidarität war der Internationalismus in der Arbeiterbewegung, der wiederum auf den Erfahrungen der Arbeiter aufbaute. Viele Arbeiter waren in ihrer Gesellenzeit auf Wanderschaft gewesen und kannten deutsche bzw. dänische Kollegen. Es gab daher in der Arbeiterklasse ein Wissen um die Arbeitsverhältnisse in anderen Ländern, und es war ihr bewußt, daß die Arbeiter aller Länder in der gleichen Auseinandersetzung mit dem gleichen Gegner standen. Die Solidarität im eigenen Betrieb, deren Sinn man schnell erlernte, ließ sich problemlos auf die internationale Ebene übertragen.

In manchen Berufszweigen war die Zahl der ausländischen Arbeiter in Kopenhagen sehr hoch — bis zu 50 %; 1880 waren etwa 12 % aller gelernten Arbeiter Kopenhagens im Ausland geboren. Etwa 10 % aller Schneider waren Deutsche, ein beträchtlicher Teil der Bäcker, Korkschneider, Goldschmiede und Instrumentenmacher ebenso; 1895 waren es kaum weniger — in einigen Gewerkschaften wurde sogar diskutiert, ob die Geschäftssprache Deutsch oder

Dänisch sein sollte.

Die unmittelbare gewerkschaftliche Solidarität fand ihre Ergänzung in einer nach und nach gemeinsamen politischen Theorie, dem Sozialismus. Das erste spektakuläre Auftreten der dänischen Arbeiterbewegung fiel zusammen mit der Zerschlagung der Pariser Kommune im Jahre 1871. Es war ein bewußter Bruch mit dem arbeiterfreundlichen Bürgertum, das den Arbeitern bessere Lebensverhältnisse und Bildung verschaffen wollte, es aber auch dabei belassen wollte. Die Arbeiter sollten selbständig handeln. Aber nicht nur, daß sie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen sollten, war der Inhalt der ersten Aufrufe. Sie sollten dies auch in ganz bestimmter Weise tun. Louis Pio — die treibende Kraft in dieser Entwicklung — gab der dänischen Bewegung von Anfang an eine bestimmte Richtung. Es war eine politische Bewegung, die auf gewerkschaftlichen Grundorganisationen aufbaute. Man kann sagen, daß Pio seinen politischen und organisatorischen Vorstellungen aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung in den industriell fortgeschritteneren Ländern erarbeitete. Das eigentlich Bemerkenswerte an ihm ist aber nicht, daß er Ideen importierte, sondern daß er es verstand, sie in eine dänische Form zu gießen. Er hob die dänische Organisation damit sofort auf die Höhe der modernen Arbeiterbewegung: Die politische Organisation als Koordinator der gewerkschaftlichen und beide gemeinsam als Klassenorganisationen.

Pio leitete auch die Kontakte zur deutschen Arbeiterbewegung ein. So besuchte er um die Jahreswende 1871/72 Wilhelm Liebknecht in Leipzig, und im Frühjahr 1872 war er in Hamburg bei der dortigen Abteilung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Dort wurde auch ein gemeinsames Vorgehen in der Schleswig-Frage abgesprochen.

Nach den Kriegen von 1864 und 1866 war Schleswig ein Teil Preußen-Deutschlands geworden, in Nordschleswig war die Bevölkerung aber mehrheitlich dänisch. Die Arbeiterbewegung mußte auch zu diesem Problem Stellung nehmen, und sie tat es durchaus auf der Grundlage des Internationalismus und des Standpunktes der Arbeiterklasse. Trotz tiefgehender Gegensätze zum „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) Ferdinand Lassalles entschloß sich die dänische Partei in der Nachwahl 1872 im Wahlkreis Apenrade-Flensburg, den ADAV-Kandidaten Wilhelm Hasenclever zu unterstützen. Sie sprach sich damit jedoch weniger für Hasenclever oder den ADAV aus, als für den Arbeiterkandidaten gegenüber den bürgerlichen Kandidaten deutscher oder dänischer Observanz. Die dänische Partei wurde daraufhin in eine heftige Polemik mit bürgerlichen Zeitungen verwickelt, dadurch wird aber nur unterstrichen, daß die dänische Partei eine selbständige Arbeiterpolitik auf allen Gebieten treiben wollte und konnte. Die Politik der dänischen Partei fand im übrigen in dieser Frage die Unterstützung von Engels. Aber auch die deutsche Arbeiterbewegung nahm

einen internationalistischen Standpunkt ein, was für die Lassalleaner nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit war: Sie erkannte das Recht der Nordschleswiger auf nationale Selbstbestimmung an. Diese Politik wurde auch in den kommenden Jahren weitergeführt.

So organisierte die dänische Partei 1898 eine große Protestkampagne gegen die Ausweisungen dänischer Staatsbürger aus Nordschleswig. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Protestversammlungen spielten dabei aber nationale Gegensätze keine Rolle, man betonte vielmehr den Klasseninhalt der preußisch-deutschen Unterdrückungspolitik. Die Resolution der Kopenhagener Protestversammlungen der Partei verdient es wohl zitiert zu werden:

„Die Versammlung spricht ihre Entrüstung über die Art aus, die von seiten der preußischen Behörden gegenüber unseren Landsleuten und Standesgenossen in Nordschleswig an den Tag gelegt wird.

Die Versammlung sieht hierin jedoch nicht einen Ausdruck der Gefühle des deutschen Volkes dem dänischen Volk gegenüber, hält es vielmehr für ein Ergebnis des militaristischen und kapitalistischen Systems, das der Fluch der Völker in allen Ländern ist.

Nur eine internationale Verständigung der Völker kann zu einer friedlichen und gerechten Lösung der nationalen Frage führen. Die Sozialdemokratie in allen Ländern besteht auf internationalem Recht auf Arbeit und muß daher gegen die stattgefundenen Ausweisungen protestieren. Die Versammlung erklärt der deutschen Nation gegenüber, daß die große Mehrheit der dänischen Bevölkerung alle Kriegs- und Rüstungspolitik verurteilt und sich frei von allem Chauvinismus weiß. Ganz davon überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie unsere Gefühle teilt, richtet die Versammlung einen eindringlichen Appell an das deutsche Volk und bittet es, auf die preußische Regierung dahin einzuwirken, daß Humanität und Gerechtigkeit in Nordschleswig ausgeübt werde.“ (Veröffentlicht in „Social-Demokraten“ vom 18. November 1898).

Diese sozialistische, anti-nationalistische Haltung der dänischen Partei hatte eine lange Tradition. Seit Anfang der Bewegung hatten deutsche Arbeiter in ihr eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt. Herausragendes Beispiel ist der Barbier Ernst Wilhelm Klein, der 1874-75 Vorsitzender des Kopenhagener Gewerkschaftskartells war. Dessen Vorstand war praktisch in diesen Jahren auch der Vorstand der dänischen Arbeiterpartei und Klein also sozusagen ihr erster Mann. 10 Jahre nach dem verlorenen Krieg von 1864 ist es recht beachtlich, einen Deutschen als Vorsitzenden der dänischen Arbeiterbewegung zu sehen. Gewiß hatte Klein damals etwa 20 Jahre in Dänemark gelebt, aber angeblich konnte man sehr gut hören, daß er Deutscher war.

Eine der Leistungen Kleins war die Gründung eines politischen Vereins deutscher Arbeiter in Kopenhagen. Dieser Verein, der ein Bestandteil der dänischen Partei

war, spielte in den etwa eineinhalb Jahren seiner Existenz eine wichtige Rolle. Der Verein war das Zentrum des Lassalleanismus in Dänemark, von hier aus wurde ein doktrinärer Angriff auf die organisatorische Grundlage der dänischen Arbeiterbewegung vorgetragen. Mitglieder des Vereins verfochten die Auffassung, daß die Gewerkschaften überflüssig, ja sogar schädlich und daher aufzulösen seien. Stattdessen sollte eine rein politische Agitation aufgenommen werden, denn allein hierdurch sei eine Änderung der Lage zugunsten der Arbeiter möglich. Louis Pio führte einen harten Kampf gegen diese Auffassungen. Hierin wurde er von Klein unterstützt, während die Lassalleaner auch Unterstützung von dänischen Gewerkschaftern hatten. Diese Diskussion hatte ihr positives Ergebnis darin, daß diese Fragen ausführlich diskutiert wurden und damit Klarheit geschaffen wurde über den weiteren Weg: Auf dem Kongreß von 1876 wurde die bisherige organisatorische Grundlage beibehalten. Das Programm, das in vielen Punkten dem Programm der deutschen Partei, angenommen auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag von 1875, ähnelte, hatte einige der lassalleanischen Lehrsätze, die im deutschen Programm enthalten waren, gestrichen. Der erste deutsche Arbeiterverein verschwand 1877, aber 10 Jahre später, 1887, war auf jeden Fall eine neue deutsche Lesegesellschaft entstanden, die jetzt die marxistische Opposition in der dänischen Partei unterstützte. Über diesen Verein ist sonst derzeit nicht viel bekannt, möglicherweise wurde er im späteren deutschen Arbeiterverein „Vorwärts“ weitergeführt, der zumindest in den Jahren 1895—1918 bestand. Dieser letzte Verein hat keine besonders hervortretende Rolle gespielt; selbstverständlich waren aber Mitglieder des Vereins aktiv in der dänischen Arbeiterbewegung.

Die dänische und die deutsche Arbeiterbewegung profitieren auch in andere Weise voneinander. 1883 wurde das Kopenhagener Folkets Hus, das unter großen Opfern errichtete Versammlungsgebäude der Kopenhagener Arbeiter, der Tagungsort für den 2. illegalen Kongreß der seit 1878 verbotenen deutschen Partei. Diese konnte hier ihren Kongreß — mitorganisiert und mitfinanziert von der dänischen Partei — 3 Tage lang ungestört durchführen, erst am letzten Tag intervenierte die Polizei. Dieser Kongreß führte u. a. dazu, daß im Kopenhagener „Social-Demokraten“ eine über viele Jahre reichende Artikelserie „Briefe aus Deutschland“ erschien. Der Verfasser war Wilhelm Liebknecht. Der erste Artikel dieser Art erschien am 8. Oktober 1884, der letzte am 6. Oktober 1894. Das war aber weder der erste noch der letzte Beitrag Liebknechts in der Zeitung. Insgesamt erschienen im Laufe der Jahre viele wichtige Aufsätze deutscher Sozialdemokraten und Artikel aus der deutschsprachigen Arbeiterpresse (auch der in Österreich, der Schweiz und den USA) in dem Hauptorgan der dänischen Arbeiterpartei. Die Beiträge aus dem deutschsprachigen Raum überwogen alle anderen um ein Vielfaches, und das war gleichzeitig eine bewußte Wahl, denn die

Deutschen waren die bekanntester Vertreter des Marxismus: Marx, Engels, Liebknecht und Bebel. Die Zahl der Veröffentlichungen ausländischer Autoren sank merkbar ab Mitte der 1890er Jahre, wie überhaupt die Berichterstattung aus dem Ausland rückläufig war, aber auch noch nach der Jahrhundertwende ist die allgemeine Information über die Arbeiterbewegung des Auslandes von großer Bedeutung. Die Bedeutung der Marxisten für die theoretische Entwicklung der dänischen Arbeiterbewegung war sehr groß. Liebknechts Broschüre „Zu Schutz und Trutz“ wurde mehrmals veröffentlicht und 1876 von Pio als Grundlage des Programmes der dänischen Partei bezeichnet.

Sicher ist die Arbeiterpresse der beste Gradmesser dieser Einflußnahme: Es ist anzunehmen, daß die Artikel der Zeitung gelesen wurden, zumal die Auflage des Blattes von 1882 an laufend stieg — „Social-Demokraten“ war um die Jahrhundertwende die auflagenstärkste Zeitung Skandinaviens. Darüberhinaus veröffentlichte die Sozialdemokratie in den Jahren 1885-89 die Schriftenreihe „Socialistisk Bibliotek“ in 8 Bänden. Es war ein recht ehrgeiziger Versuch, und eindeutig überwogen die Autoren marxistischer Observanz. Besonders beachtlich ist die Veröffentlichung von Band 1 und 2 des „Kapitals“ von Karl Marx in den Jahren 1885 und 1887. Das war eine Leistung, die von keiner anderen Arbeiterpartei in dieser Zeit erreicht wurde. Zwar erschienen beide Bänder vorher in einer russischen Übersetzung, aber im damaligen Rußland gab es keine Arbeiterpartei — bestenfalls marxistische Zirkel. Der erste Band war zwar schon in Französisch herausgekommen, aber der zweite Band wurde vorläufig in keiner anderen Sprache als eben Deutsch, Russisch und Dänisch veröffentlicht. Der dritte Band war für die „Socialistisk Bibliotek“ vorgesehen, aber er erschien erst, nachdem die Reihe eingestellt worden war, und zwar auf Deutsch. Daneben veröffentlichte die Partei noch eine billige Broschürenreihe, in der wiederum einige wichtige Schriften deutscher Autoren wie Marx, Engels, Liebknecht und auch eine von Ferdinand Lassalle enthalten waren.

Insgesamt soll man natürlich nicht die Veröffentlichung deutscher bzw. marxistischer Literatur als Einzelphänomen herausgreifen und daraus zuviel schließen. Zwei Dinge sind aber zu beachten: 1. es handelt sich bei diesen Veröffentlichungen um eine bewußte Auswahl und 2. die Dänen verstanden es, diese Literatur zu verarbeiten und selbständig anzuwenden. Man sollte sich also nicht dazu verleiten lassen, aus dem Übergewicht der Literatur deutscher Herkunft eine sklavische Abhängigkeit der dänischen Partei zu konstruieren. Die eigenständigen Leistungen des Parteivorsitzenden Peter Knudsen auf theoretischem und wissenschaftlichem Gebiet zum Beispiel sind viel zu überzeugend und gewichtig. Aber die Selbständigkeit zeigte sich auch in der Arbeit mit dem Programm der Partei, und hier vor allem auf dem Gebiet, auf dem die Dänen naturgemäß einen besonderen Einsatz leisten mußten: Wollten sie sich

nicht auf die städtischen Arbeiter, die nur eine Minderheit der Arbeiterklasse ausmachten, beschränken, mußten sie ein Agrarprogramm entwickeln, das ganz spezifische Züge hatte.

Das Parteiprogramm von 1876, das in seinen Grundzügen bis 1913 erhalten blieb, zeigte schon diese Selbständigkeit, es enthielt nämlich einen Abschnitt zur Agrarfrage. Dies war nicht zufällig so, sondern läßt sich auf die Anfänge der Partei zurückführen. Die dänische Arbeiterbewegung war die erste, die gründlich zu diesem Thema arbeitete. Die Ergebnisse wurden frühzeitig mit Hilfe von Engels einem internationalen Publikum vorgelegt. Wie immer man diese Beiträge einschätzt, das Interesse der dänischen Arbeiterbewegung an der Landarbeiterfrage nahm nicht ab. Nach einer Begegnung Pios mit Marx in London erschien 1876 ein Kapitel aus dem „Kapital“ über „Das britische Ackerbauproletariat“ zuerst in „Social-Demokraten“, später als selbständige Schrift.

Das Programm von 1876 enthielt also einen Abschnitt zur Agrarfrage, der teils Tagesförderungen stellte, teils die Gestaltung der zukünftigen landwirtschaftlichen Struktur ins Auge faßte. Diese Abschnitt wurde im Jahre 1882 einer Revision unterworfen. Dabei hat möglicherweise die Broschüre Liebknechts „Zur Grund- und Bodenfrage“ eine Rolle gespielt. 1888 wurde ein neues und ausführliches Agrarprogramm verabschiedet. Durch das Programm gelang es, die Landarbeiter, Insten und Häusler anzusprechen, weil es ihnen eine Perspektive gab und ihre Interessen artikulierte. Gleichzeitig machte es auf die in der Zukunft notwendig veränderte Stellung der Agrarbetriebe aufmerksam: Das Programm wies auf die zukünftige Form der landwirtschaftlichen Großbetriebe hin.

Das dänische Programm könnte für einige andere Programme sozialdemokratischer Parteien als Vorbild gedient haben. Die dänische Partei hatte auch zu dem Brüsseler Kongreß der II. Internationale 1891 die Schrift von Peter Knudsen „Die Landarbeiter. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie in Dänemark zu der Landarbeiterfrage“ vorgelegt, in der die bisherigen Erfolge der Bewegung dargestellt wurden. Zumindest Georg von Vollmar hat sich eingehend mit dem dänischen Programm beschäftigt und es in die deutsche Diskussion eingebracht. Aber in der SPD konnte man sich nicht auf ein Landarbeiterprogramm einigen. Sie begnügte sich mit einem mehr oder weniger passiven Abwarten der Auswirkungen der allgemeinen ökonomischen Entwicklung auf dem Lande. Dies wirkte sich aus auf eine ganze Reihe anderer Parteien, die die gleiche Haltung einnahmen. Die dänische Arbeiterpartei hielt dagegen an ihrer Landpolitik fest.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die dänische Arbeiterbewegung sehr gute Kontakte zur deutschen Arbeiterbewegung dieser Periode hatte: Kontakte die noch auf Jahrzehnte hinaus von großer Bedeutung waren. Diese Beziehungen waren sehr vielfältig und die deutsche Bewegung war in manchem ein Vorbild für

die dänische. Das ist aber kein besonderes deutsch-dänisches Verhältnis, vielmehr war die deutsche Bewegung die absolut dominierende in der II. Internationale. Sie war dies aufgrund ihrer im wesentlichen vom Marxismus bestimmten Theorie und Praxis; die Dänen übernahmen die Erkenntnisse der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung nicht dogmatisch, sondern verarbeiteten sie und entwickelten eigenständige Formen, die auf dem Marxismus der II. Internationale beruhten. Auf bestimmten Gebieten (Organisationsform und -grad, Agrar- bzw. Landarbeiterprogramm, Gewerkschaftspolitik) hatten ihre Erarbeitungen internationalen Rang, doch kamen sie über Dänemark hinaus kaum zum Tragen, wohl hauptsächlich wegen der Sprachbarriere. Es ist jedoch daran festzuhalten, daß es tatsächlich gegenseitige Beziehungen waren; die deutsche Bewegung war zwar gewissermaßen primus inter pares, von einer Unterordnung oder einfacher Nachahmung kann aber nicht die Rede sein. Die Arbeiterbewegung dieser Periode entwickelte sich zu einer internationalen Bewegung in nationalen Sektionen. Das Verhältnis der deutschen und dänischen Arbeiterbewegung untereinander ist ein Teil dieser Gesamtbewegung.

A. Paul Weber, Pastor Schmidt-Wodder und Hans Schmidt-Gorsblock im Jahre 1937*

Im Herbst fand in der soeben neu eröffneten Deutschen Bücherei in Apenrade eine der vielen A. Paul Weber-Ausstellungen statt. Es wurden bekannte und auch damals neue Zeichnungen und Lithographien A. Paul Webers gezeigt. Aber im Mittelpunkt dieser Ausstellung in Apenrade standen die Illustrationen zu den Erzählungen und den Gedichten von Hans Schmidt-Gorsblock aus den Deutschen Volkskalendern Nordschleswig zwischen 1931 und 1945. Einige dieser Erzählungen sind 1977 mit den Illustrationen von A. Paul Weber neu erschienen unter dem Titel: „Menschen zwischen zwei Meeren“. In ihnen wird vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Not nach dem Ersten Weltkrieg berichtet über das Leben der Bauern und sogenannten kleinen Leute nördlich der deutschdänischen Grenze und über die Auseinandersetzung und Begegnung deutscher und dänischer Menschen im Grenzland Schleswig.

Ich hatte mich 1968 zusammen mit meiner Frau an der Vorbereitung der A. Paul Weber-Ausstellung in Apenrade beteiligt. Damals fragte ich sowohl Hans Schmidt-Gorsblock als auch Peter Callesen, einen weiteren Freund A. Paul Webers in Nordschleswig, der das Porträtbild Pastor Schmidt-Wodders besaß, ob sie noch Briefe von A. Paul Weber aus der Zeit zwischen 1931 und 1945 aufbewahrt hätten. Ich habe zu jener Zeit nur deutlich zurückhaltende Antworten erhalten und ein zweites Mal nicht mehr gefragt.

Im März 1982 waren wir wieder in Gorsblock, nördlich von Lügumkloster. Wir sprachen über A. Paul Weber, über seine liebenswerten Eigenschaften, über seine Bilder und auch über einzelne, aber dafür hartnäckige kritische Stimmen, über Stimmen von der Art, auf die A. Paul Weber, wie Arnold Köster treffend bemerkte, nach 1945 nur durch Schweigen geantwortet hat.

Bei diesem Gespräch im März 1981 holte der inzwischen 91jährige Hans Schmidt-Gorsblock auf einmal eine rote Mappe hervor: es waren die sorgfältig gesammelten Briefe A. Paul Webers seit dem 25. 9. 1931. Hans Schmidt-

* Auszug aus dem Beitrag des Verfassers zur Schriftenreihe der A. Paul Weber-Gesellschaft, Bd. 4: A. Paul Weber und Hans Schmidt-Gorsblock 1931 bis 1945. Eine Begegnung in Nordschleswig im Spiegel von Briefen. Hamburg 1982.

Gorsblock erlaubte mir, diese Briefe zu lesen. Sie sind zunächst in Sütterlin, dann in der heute üblichen Schreibschrift geschrieben, und sie geben neben ihrem sympathisch persönlichen Inhalt Auskunft

- über A. Paul Webers Arbeit und insbesondere seine Mitarbeit am Deutschen Volkskalender Nordschleswig zwischen 1931 und 1945
- über die Zeit der Haft im Jahre 1937 und
- über A. Paul Webers Verbundenheit mit der Natur, mit Gorsblock und mit Groß-Schretstaken, dem Wohnsitz A. Paul Webers seit 1936.

Ich will meinen Bericht auf die Zeit der Haft und auf die Bemühungen um die Haftentlassung im Jahre 1937 beschränken. Denn durch eine Aufklärung dieses Zeitabschnittes läßt sich die vielleicht nicht ganz zu Unrecht kritisierte Lücke in der Biographie A. Paul Webers für die Zeit vor 1945 am ehesten schließen. Immer wieder heißt es in dieser Biographie lapidar, er illustrierte „1932 die Kampfschrift gegen den Faschismus von Ernst Niekisch ‚Hitler — ein deutsches Verhängnis‘ und das habe ihm 1937 politische Haft eingebracht ...“

Bereits dieser Kausalzusammenhang ist zu sehr vereinfacht. Sicher war das bekannte Bild des hakenkreuzgeschmückten Sarges, in den sich die Massen mit Fahnen und Standarten wie Lemminge stürzen, nach 1933 belastend für A. Paul Weber. Aber diese und viele ähnliche Zeichnungen haben ihm nach der Machtübernahme noch keine politische Haft eingebracht. Dazu bedurfte es weiterer Aktivitäten.

Sie sind nachzulesen in dem Urteil des Volksgerichtshofes gegen Ernst Niekisch und andere vom 10. 1. 1939. Danach fand Anfang Oktober 1934 eine Zusammenkunft führender Vertreter der Widerstandsbewegung in der Lüneburger Heide auf dem Brümmerhof statt. Der Brümmerhof gehörte dem Hamburger Kaufmann Alfred Toepfer, der hier A. Paul Weber und seine Familie seit dem Sommer 1933 untergebracht hatte. Diese Zusammenkunft des Widerstandskreises um Niekisch verstieß gegen das Gesetz vom 14. Juli 1933, das jede Neugründung der nach der Machtübernahme verbotenen politischen Parteien verbot. Das Treffen wurde deshalb, wie es in dem zitierten Urteil des Volksgerichtshofes heißt, als eine Ausstellung der Gemälde A. Paul Webers getarnt. Die Sorgen und Ängste, die A. Paul Weber damals hatte, klingen an in einem unmittelbar nach dem Treffen hastig mit Bleistift geschriebenen Brief vom 8. 10. 1934.

Damals, im Oktober 1934, ging alles noch einmal gut. Die Zusammenkunft auf dem Brümmerhof bei A. Paul Weber ist später und nachträglich aufgedeckt worden. Ernst Niekisch wurde erst im März 1937 verhaftet, zusammen mit etwa 70 Personen. Die Verhaftung A. Paul Webers erfolgte am 1. Juli 1937. Dieses Datum hat Günter Nicolin nach einem Gespräch mit A. Paul Weber notiert. Bestätigt wird dieses Datum der Verhaftung durch einen Brief Pastor Schmidt-

Wodders an Hans Schmidt-Gorsblock vom 5. Juli 1937. In diesem Brief aus Tondern, der 5 Tage nach der Verhaftung geschrieben wurde, heißt es:

Sehr geehrter Herr Schmidt [-Gorsblock]

Ich danke Ihnen für die Übersendung des Bildes, das ja als Fotografie des von Weber geschaffenen Porträts ganz besonderen Wert hat.

Leider gibt mir das Anlaß, Ihnen eine traurige Mitteilung zu machen, die Ihnen vielleicht noch nicht bekannt ist. Weber ist vor wenigen Tagen, wie mir Martin, Toepfers Vertreter in Volksdeutschen Sachen, mitteilte, verhaftet worden. Das hängt natürlich damit zusammen, daß er schon immer verdächtig erschien.

Es ist ein übler Fall, und da Weber in Thansen verhaftet wurde, ist zu befürchten, daß das in Zusammenhang mit dem Fall Toepfer steht. Eigentlich läge ja Anlaß vor, daß man diese beiden Fälle benutzt, um an irgend eine maßgebende Stelle im Reich eine eindringliche Mahnung zu richten, daß man doch vorsichtig sein sollte, Männer anzugreifen, die ein so großes Vertrauen in Volksdeutschen Kreisen genießen.

Ich bin auf anderem Wege bemüht, möglichst viele Menschen mobil zu machen, um die Dinge wieder einzurenken, aber es ist sehr zu fürchten, daß sehr großer Schaden angerichtet wird. Ich wollte Ihnen das noch mitteilen, da ich weiß, wie hoch Sie Herrn Weber einschätzen und Sie ja auch von Herrn Toepfer wissen. Es liegt sonst nicht im deutschen Interesse, daß diese Dinge weit herumkommen. Ihnen und Ihrer Familie freundliche Grüße!

Ihr sehr ergebener J. Schmidt [-Wodder]

Pastor Schmidt-Wodder war eine bemerkenswerte Persönlichkeit in Nordschleswig. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte er sich als zorniger junger Mann maßgeblich an der Gründung des „Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ beteiligt. Das war ein Verein, der den Mut hatte, sich dem „Deutschen Verein“ entgegenzustellen, der sich in Nordschleswig durch seine nationalistische und intolerante Germanisierungspolitik keinen guten Namen gemacht hatte. Nach der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark war Pastor Schmidt-Wodder von 1920 bis 1939 der Abgeordnete der deutschen Volksgruppe im dänischen Folketing.

Hans Schmidt-Gorsblock stieß 1913 zu Pastor-Schidt-Wodder. Er hielt besonders nach 1933 zu ihm, als Schmidt-Wodder, wie der dänische Historiker Troels Fink treffend bemerkte, nur noch einen Sitz im Folketing, aber keine politische Basis mehr hatte.

Der persönliche Brief vom 5. Juli 1937 an Hans Schmidt-Gorsblock ist ein Beleg für die Abneigung Pastor Schmidt-Wodders gegenüber Nationalsozialisten und für seine Taktik, einerseits möglichst viele Menschen mobil zu machen, andererseits aber im deutschen Interesse vermeiden zu wollen, „daß diese Dinge weit herumkommen“.

Hans Schmidt-Gorsblock schrieb, als er den Brief Pastor Schmidt-Wodders erhalten hatte, voller Anteilnahme an Frau Toni Weber. Er lud demonstrativ ihre Kinder ein, in den Ferien nach Gorsblock zu kommen. Die Antwort, die er erhielt, vermittelt uns einen unmittelbaren Eindruck von der erschreckenden Isolation einer Frau, deren Mann von den Nationalsozialisten inhaftiert worden war und die, obwohl sie für vier Kinder zu sorgen hatte, Anteilnahme und Hilfe offenbar so gut wie ausschließlich aus Nordschleswig erhielt.

Gr. Schretstaken, den 11. 7. 37

Liebe Familie Schmidt [-Gorsblock]

Sie werden sich kaum vorstellen können, wie wohl mir Ihr Brief getan hat! Zumal da in Deutschland die Freunde, die es wagen, zu uns zu halten, nicht gerade sehr zahlreich sind. —

Für mich wäre die ganze Lage viel leichter zu tragen, wenn ich wüßte, was wirft man meinem Mann vor, was geschieht mit ihm, wie lange hält man ihn fest! Diese fürchterliche Ungewißheit martert einen. Ich gebe mir ja große Mühe, meinem Spottnamen Ehre zu machen, aber es gelingt mir nicht immer! (Nach Mitteilung von Frau Gertrud Staudacher, der Schwester von Frau Toni Weber, nannte A. Paul Weber seine Frau auch „Dullerchen“, in Anspielung auf das zufriedene und glücklich klingende Lied der Heidelerche.) Es ist ja auch nicht nur das, daß es uns nun gerade getroffen hat, sondern mehr noch die Qual um größere Dinge, die einem keine Ruhe läßt.

Zu meiner Sorge um meinen Mann kommt noch eine andere. Meine Ulrike ist in einem Zustand, daß der Arzt Besorgnis der Lunge wegen äußert. Ich habe sie zu Freunden an die Nordsee gegeben. —

Meine Müsche (Gertrud) hat ja schon das ganze Jahr über im stillen gehofft, daß sie zu Ihnen kommen darf. Ich hatte sie schon getröstet und ihr gesagt, daß ich Ihnen jetzt nicht schreiben möchte! Sie können sich ja vorstellen, wie sie sich nun über Ihre Einladung gefreut hat! Wenn nichts dazwischen kommt, machen sich Christian und Müsche (Gertrud) zum 3. 8. auf die Reise. Mein Mölle (Hartmut) will bei mir bleiben. Er sehnt sich wohl am meisten nach seinem Väterchen. Er weiß, wo er ist und grübelt über allerlei Fragen.

Haben Sie Dank für Ihren Brief und die Einladung. Von mir und den Kindern die herzlichsten Grüße an die ganze Familie.

Ihre

Toni Weber

Hans Schmidt-Gorsblock gab diese erschütternde Nachricht aus Groß-Schretstaken weiter nach Tondern. Und der ungewöhnlich aktive Pastor Schmidt-Wodder konnte ihm seinerseits wieder Einzelheiten über A. Paul Weber berichten,

Einzelheiten, mit denen Hans Schmidt-Gorsblock etwas anfangen konnte und wohl auch anfangen sollte.

Tondern, den 21. Juli 1937

Lieber Herr Schmidt [-Gorsblock]!

Da ich gerade von Hamburg zurückkomme, möchte ich Ihnen doch schreiben, was ich von Weber weiß. Es ist immerhin etwas mehr als das, was Sie von seiner Frau erfahren haben. Er ist als politischer Gefangener in Fuhlsbüttel unter gebracht, während Toepfer als Untersuchungsgefangener in Hamburg sitzt. Es ist im Grunde nicht gerade günstig, als politischer Gefangener zu gelten, und wenn Frau Weber das nicht weiß, würde ich ihr das nicht sagen. Es schien zuerst, daß man ihm erlaubte etwas zu zeichnen, und er hatte gewisse Dinge, die er angefangen, sich von zu Hause erbeten. Die sind aber wieder nach Hause gekommen, ohne daß er daran gearbeitet hat und ohne, daß die Frau weiß, warum. Daß Niekisch mit einem Kreis seiner Freunde auch verhaftet ist und daß nun nach den Verbindungen gespürt wird zwischen Weber, Niekisch-Leuten und Toepfer, kann ich Ihnen auch erzählen. Die Verbindung existiert ja, wie Ihnen sicher bekannt, und natürlich will man sie zu ungunsten Toepfers und Webers verwenden, wozu eigentlich gar kein Grund vorliegt. Auch das schreiben Sie seiner Frau nicht, wenn sie es nicht schon weiß. Toepfer sitzt nun schon einen Monat, und man ist kaum vom Fleck gekommen. Gerade deshalb sucht man weiter in New York, Holland, der Schweiz, überall, wo man seine Spuren entdecken kann, um etwas gegen ihn finden zu können. Da man ihn angeklagt hat, ist man natürlich interessiert zu zeigen, daß man das nicht ohne Grund getan hat.

Weil man kühl mit solchen Überlegungen bei seinen Anklägern bzw. Verfolgern rechnen muß, steht seine Sache keineswegs besonders gut.

Eines möchte ich Ihnen noch nahelegen: falls wirklich die Kinder von Frau Weber nicht die Einreiseerlaubnis bekommen, dann würde ich an Ihrer Stelle aktiv werden. Ich würde zu ermitteln versuchen, woher der Bescheid kommt und an die betreffende Stelle dann ein Schreiben richten, ob man sich überlegt hätte, wie eine solche Verweigerung des Ausweises für einen Besuch der Kinder bei einem deutschen Manne im Ausland auf dieses Ausland wirken müßte. Wir verstehen das einfach nicht, denn selbst wenn gegen Weber, dessen Freund zu sein Sie ja gut erklären können, etwas vorläge, so verstehen Sie nicht, wie man das die Kinder entgelten lassen könnte. Für einen solchen Brief scheint mir dann ein Anlaß zu sein, und das ist notwendig, daß ihnen gelegentlich und gerade von Auslandsdeutschen gesagt wird, wie ihr Tun im Ausland und auch bei den deutschen Volksgenossen außerhalb der Grenzen wirkt.

Ihnen und Ihrer Frau meine besten Grüße

J. Schmidt [-Wodder]

„Ihnen“ oder „den betreffenden Stellen“, d. h. also den Nationalsozialisten, wollte Schmidt-Wodder von allen Seiten her sagen lassen, wie man außerhalb der deutschen Grenzen über sie und über ihr Tun dachte. Zu dieser selbstbewußten Haltung hat es gepaßt, daß er gleichzeitig, d. h. auch am 21. Juli 1937, an Herrn Jauch, den ersten Staatsanwalt in Hamburg, schrieb, es dürfe im Ausland nicht der Eindruck entstehen, „als ob das neue Deutschland einige seiner besten Söhne nicht kenne oder gar verfolge“.

Es ist leider kaum anzunehmen, daß er mit diesen eindringlichen Worten die braunen Revolutionäre verunsichert hat. Denn sie waren mit Sicherheit ausschließlich an der Festigung der eigenen Macht interessiert und nicht daran zu wissen, was Volksdeutsche Persönlichkeiten in Dänemark über sie dachten.

Eindrucksvoll ist auch die Empfehlung Pastor Schmidt-Wodders, daß Hans Schmidt-Gorsblock im Falle einer Ausreiseverweigerung für die Weberschen Kinder „aktiv“ werden solle. Eine solche Sippenhaftung konnte in diesem Falle durch festes und sicheres Auftreten offensichtlich abgewehrt werden. Denn Christian Weber schrieb am 3. August 1937 rührend unbefangen nach Gorsblock:

Liebe Familie Schmidt [-Gorsblock]!

Da Müsche (Gertrud) sich gerade erkältet hat, können wir noch nicht fahren. Wir kommen Ende der Woche, Freitag oder Sonnabend. Wir hoffen, daß sie sich bis dahin wieder aufrafft.

Herzliche Grüße von allen Webers

Ihr Christian

Aus dem Brief Pastor Schmidt-Wodders vom 21. Juli 1937 geht im übrigen deutlich hervor, daß sowohl er als auch Hans Schmidt-Gorsblock damals ganz genau Bescheid gewußt haben über die Verbindung Alfred Toepfers und A. Paul Webers mit dem Kreis um Ernst Niekisch.

Besonders wichtig war für Hans Schmidt-Gorsblock die Nachricht, daß A. Paul Weber vergeblich den Versuch gemacht hatte, als politischer Gefangener weiter arbeiten und zeichnen zu dürfen. Dieser Hinweis erlaubte es ihm, die weitere Entwicklung zu steuern und das Los des Gefangenen oder, um einen bekannten Bildtitel A. Paul Webers zu benutzen, des „Staatsfeindes“ erträglich zu machen. Hans Schmidt-Gorsblock ignorierte zunächst, daß es „nicht gerade günstig war, als politischer Gefangener zu gelten“. Er bat A. Paul Weber ganz einfach, weiter mit ihm für den Volkskalender zusammenzuarbeiten. Dann gab er ihm — und das war noch wichtiger — den sehr geschickten Auftrag, der Volksgruppe Entwürfe für die damals in hohem Ansehen stehenden Ehrenurkunden für treue Mägde und Knechte auf Bauernhöfen zu liefern.

Offensichtlich konnte er auf diese Weise erreichen, daß A. Paul Weber nunmehr

eine menschenwürdige Behandlung erfuhr und daß er auch wieder arbeiten durfte. Denn zwei Monate später konnte A. Paul Weber ihm aus Nürnberg schreiben, und zwar so, als ob er sich in einem anregenden Atelier und nicht im Gefängnis aufhielt.

Nur scheinbar ganz nebenher klingt aus diesem Brief die Sehnsucht durch nach dem alten lieben Bauernhaus, nach der Luft und dem Duft des Gartens und des Waldes in Gorsblock.

Nbg. 14. 10. 37

Lieber Herr Schmidt [-Gorsblock]!

Mit gleicher Post geht als Drucksache der Bildstoff ab. Auf dem Apfelboden: das werde ich noch weiter ausspinnen, am Webstuhl, vor der alten Truhe, beim Vieh, am Herd, im Garten — und als Hintergrund immer die Luft, der Duft des alten lieben Bauernhauses. Das gibt eine Mappe, und Sie schreiben den Text dazu im Stil wie zu Muttersprache.

Zu Ihrem Gedicht suchen Sie sich aus, was Ihnen gut scheint. Vielleicht findet der Hahn mit dem Fuchs irgendwo einen stillen Platz. Es ist ein Motiv für eine Truhenfüllung. Aber bitte kein Zugeständnis.

Die Urkundengeschichte ist eine recht beachtliche Angelegenheit. Ich freue mich über diese Arbeit. Sollten wir nicht den Text gesondert nehmen, so daß sich das Bild rahmen ließe? Ich will die Urkunden in Holz schneiden. Die Clan Presse wird dann die Drucke liefern oder Scheller... . Mir gefällt der Blitz auf Felder und Meer gut. Sie müßten mir dazu eine Aufnahme liefern, damit dieses Motiv nicht so aus den Fingern gezutscht wird.

Die Marken für Briefkopf und Buchzeichen geben Sie an Hesse weiter. Ihr Hauszeichen ist ein Anfang. Bin ich wieder einmal bei Ihnen, weiche ich nicht eher, als bis es über der Tür sitzt! Ich wandle oft ums Haus, auch durch Ihren Garten und Ihren Wald. Am Kamin fehle ich auch nicht.

Ihr

A. Paul Weber

In einem längeren Nachsatz beschreibt A. Paul Weber ausführlich die Möglichkeiten des Aufbaus der Ehrenurkunde.

Frau Weber berichtet in einem zweiten Brief vom 30. 10. 1937 nach Gorsblock, die Familie würde auf eine Entlassung bis Weihnachten hoffen. „Die Herren durften ihn besuchen! Er soll einen frischen Eindruck gemacht haben und hat erklärt, daß er sehr gut arbeiten könne! Er wird sehr gut behandelt. — Frau Schmidt-Wodder schrieb mir sehr lieb. Ich werde ihr bald antworten.“ — Wer die Herren waren, die ihn besuchen durften, ist aus dem Brief nicht zu ersehen. In einem letzten undatierten Brief aus Nürnberg beschreibt A. Paul Weber ausführlich den Aufbau und die Gestaltung der landwirtschaftlichen Ehrenurkunden. Er will

diese Urkunden noch in Nürnberg zeichnen, sie aber zu Hause schneiden. Weiter heißt es dann:

Ich denke, das wird nicht mehr allzulange auf sich warten lassen. Der Kalender gefällt mir diesmal besonders gut. Die bäuerliche Mappe ist noch nicht ganz reif. Es entstand aber die Hälfte einer großen Grenzland-Holzschneidmappe, worunter auch sehr schöne Motive sind: Der alte Herd, der Ahnen Gräber ... und eine größere Reihe: „Was alles im Walde vor sich geht“ — 20 bis 22 Motive. Fertig sind: die Pilzfrau, der Waldschrat, der Wilderer, der tote Förster, der Maler, das Liebespaar, die sch. Bäuerin (wobei sch. nicht etwa schön heißen soll), der Eulenschrei, eine Susanne von zwei Strolchen belauscht, der Fachmann vor einem Frauenschuh knieend, weiter ein Hornbläser, ein Jäger, die Holzsammlerin, die Holzfäller, die wildernde Katze, die Kreuzotter, das verirrte Kind, die Erhängte, der Fuchs, Bock und Ricke, Waldbrand usw. Ich möchte, bevor ich die Reihe abschließe, einmal mit Ihnen die Gesamtarbeit durchsprechen. Es ist für mich eine große, vielbedeutende Arbeit. Die Zeichnung ist selbst 30 mal 40 cm. Ich studiere dabei das Buch vom Deutschen Wald von Carl W. Neumann. Nun schreiben Sie mir noch bei Gelegenheit, wieviel Drucke der landwirtschaftliche Hauptverein im Jahre braucht.

Grüßen Sie alle, besonders die Gattin,

Ihr

A. Paul Weber

Dieser Brief aus der Nürnberger Haft ermöglicht die Datierung zahlreicher Bilder, von denen einige später lithographiert worden sind, so z. B. der Waldschrat, von dem Erich Arp schreibt, daß A. Paul Weber sich mit ihm im Jahre 1939 in der „Griffelkunst“ vorgestellt hat.

Am 17. 12. 1937 kehrte A. Paul Weber zu seiner Frau und seinen vier Kindern zurück. Noch am selben Tag schrieb er den folgenden Kartengruß aus Schretstaken nach Gorsblock:

Liebe Schmidts!

Seit heute morgen ist die Familie wieder beisammen! Der Wanderer ist wahrhaft glücklich, und faul liegt er lang und läßt sich pflegen!

Möchte Margot nicht verraten, welches Motiv ihr Herz begehrt! Die herzlichsten Grüße von der ganzen Familie

Ihr

A. Paul Weber

Diese kurze Mitteilung am ersten Tag der Entlassung spricht deutlich dafür, daß

A. Paul Weber Dank sagen wollte. Der „Wanderer“ war wohl ein Schlüsselwort. Walter Flex, den A. Paul Weber und Hans Schmidt-Gorsblock gut kannten, spricht im „Wanderer zwischen beiden Welten“ von dem Wanderer, der die „Not und die Armseligkeit der Vielen“ kennengelernt hatte und der „die Vergangenheit nicht von sich werfen wollte wie einen abgelegten Rock, sondern mit sich nehmen wollte wie einen herrlichen Schatz“.

Mit diesem Vergleich zielte A. Paul Weber offensichtlich auf die tiefe Wirkung, die von seiner Haft und den Bemühungen um seine Haftentlassung ausgehen mußte. Worin hat diese Wirkung bestanden?

Pastor Schmidt-Wodders Ablehnung der Nationalsozialisten hat sich wahrscheinlich weiter verstärkt.

Hans Schmidt-Gorsblock gab den Deutschen Volkskalender Nordschleswig bereits für den Jahrgang 1939 nicht mehr unter seinem Namen heraus, aber er sorgte dafür, daß die Ehrenurkunde, die A. Paul Weber im Gefängnis gearbeitet hatte, im Volkskalender abgedruckt wurde.

Ihren persönlichen Beitrag zur Haftentlassung sahen sowohl Pastor Schmidt-Wodder als auch Hans Schmidt-Gorsblock mit Sicherheit nicht als Widerstand, sondern als Freundespflicht und als schlichte Selbstverständlichkeit an. Darüber sprachen sie nicht, weder damals noch später. Mit dieser Zurückhaltung haben sie eine Auffassung von Anstand und Würde vertreten, die hierzulande selten und durchaus atypisch ist und die auch gut zu A. Paul Weber paßte.

Und die Wirkung der Haftzeit auf A. Paul Weber?

Er zog sich zurück, so wie er es 1935 in der bekannten Zeichnung „Die Geduldigen“ vorausahnend dargestellt hatte. Vom Zeitpunkt der Haftentlassung bis 1940 hat er nur drei kurze Briefe nach Gorsblock geschrieben. Besuche in Nordschleswig fanden bis zum Dezember 1942 nicht statt.

Das Erlebnis der Haft bewegte ihn tief. Das belegen seine vielen Gefangenenbilder. Das erste Kerkerbild, bei dem die aufrechte und ungebrochene Haltung des Gefangenen auffällt, zeichnete er bereits 1938 als Illustration zu den Balladen von Francois Villon. Wie A. Paul Weber politisch in jener Zeit dachte, das zeigen uns die Lithographien „Das Verhängnis“ und „Aufbruch“, die bislang nicht veröffentlicht wurden, obwohl A. Paul Weber sie sehr schätzte und die erst Erich Arp im Werkverzeichnis seiner Griffelkunstvereinigung als besonders wichtige Arbeiten des Jahres 1939 für jedermann zugänglich machte. Beide Zeichnungen haben A. Paul Weber und sicher auch der Griffelkunstvereinigung beachtlichen Mut abverlangt. Um so erschütternder ist die Aussage des Selbstporträts A. Paul Webers auch aus dem Jahre 1939, auf dem er sich angstvoll knieend in einem Wolfsrudel dargestellt hat. „Mit den Wölfen mußst du heulen“ heißt dieses Blatt. Ich verstehe beim besten Willen diejenigen nicht, die behaupten, in A. Paul Webers Biographie vor 1945 würden angeblich die Schwächen verschwiegen. A. Paul

Weber spricht durch sein Bild. Und ich meine, daß er mehr Schwäche über sich selbst als durch dieses Bild: „Mit den Wölfen mußst du heulen“ gar nicht aussprechen konnte. Weiter konnte er diese Offenbarung seiner Schwäche auch gar nicht häufiger wiederholen. Denn diese Zeichnung ist nahezu in jeder Veröffentlichung über A. Paul Weber zu finden. Dennoch stößt mich diese Selbstkritik nicht im mindesten ab. Ich habe im Gegenteil Hochachtung vor A. Paul Weber, weil er seine Lage im Dritten Reich nicht irgendwann einmal später, sondern damals schon, im Jahre 1939, wie die eines Menschen in einem Wolfsrudel empfand und dargestellt hat. Tatsächlich gibt es aus der Zeit vor 1945 Zeichnungen von A. Paul Weber, und es gibt sie auch im Deutschen Volkskalender Nordschleswig, die wie Konzessionen an den Zeitgeist aussehen. Aber soweit sie das gewesen sein mögen, waren sie meines Dafürhaltens deutlich als notwendige Konzessionen erkennbar, zumindest für jeden, der seine Augen aufmachen konnte und der nicht zu denen gehörte, die nur den Splitter im Auge des anderen sehen. Seine intellektuelle Redlichkeit, sein Gesicht hat A. Paul Weber bei keinem einzigen seiner Bilder verloren.

Wer glaubt, diese Haltung als angebliche „Anpassung“ verurteilen zu dürfen, der sollte sich, auch wieder bei Erich Arp, ein weiteres Selbstporträt aus dem Jahre 1939 ansehen. Das Bild heißt „Das Verlangen“ und es zeigt, wie A. Paul Weber versucht, aus einem Pferch auszubrechen. Aber seine Zeitgenossen, die sich wohlfühlen in ihrem Pferch, halten ihn mit wie zum Hitlergruß ausgestreckten Armen zurück. Diese Zeichnung gehört zu denen, die die Augen öffnen dafür, daß der Nationalsozialismus ein geistiges Problem ist und das A. Paul Weber „Not“ primär als geistige Not sah, wie Ramseger bereits 1956 treffend festgestellt hat.

Die überzeugende Darstellung dieser Not erklärt die große Faszination, die in der Gegenwart von dem Werk A. Paul Webers ausgeht. Sie erklärt gleichzeitig auch das Ärgernis A. Paul Weber für alle die, die aus ganz offensichtlichen Beweggründen jede konkrete Darstellung eben dieser geistigen Not im Dritten Reich in unserer Zeit scheuen: weil sich dann nämlich Vergleiche zwischen dem Dritten Reich und bestimmten gegenwärtigen Verhaltensmustern aufdrängen und weil sie eben diese Vergleiche in geradezu panischer Angst fürchten.

Ich habe aus Briefen zur Biographie A. Paul Webers berichtet. Ich will auch mit einem Briefzitat schließen. Am 23. 12. 1944, unmittelbar vor dem Ende des Krieges, schrieb A. Paul Weber aus Schretstaken nach Gorsblock:

Ich hin in den nächsten Wochen im Kreise der Lieben und bei meinen Arbeiten. Das ist wieder einmal sehr gut und schön. Wenn ich draußen auch gern war und so wieder zurück gehe, hoffe ich im stillen, daß eine der Anforderungen (mich vom Wehrdienst freizustellen) durchdringen wird, mich wieder schaffen zu lassen. Ich weiß, man wird dabei auch seine Wünsche haben, aber ich komme schon damit

zurecht.

Hier spricht A. Paul Weber einmal das Ziel an, das er hatte: mit den Wünschen der Mächtigen in des Wortes ureigenster Bedeutung „zurecht“ kommen zu wollen. In vielen seiner Zeichnungen und Lithographien hat er dieses Ziel immer wieder auf seine Weise verfremdet zum Ausdruck gebracht. Zu seinem Freund in Nordschleswig, zu Hans Schmidt-Gorsblock, besaß er so viel Vertrauen, um über die feste Zuversicht, die er dabei hatte und die hinter seinem ganzen Werk steht, offen und unverschlüsselt sprechen zu können.

LITERATURANGABEN

Schmidt-Gorsblock, Hans: Menschen zwischen zwei Meeren. Mit 43 Illustrationen von A. Paul Weber. Husum 1977.

Deutscher Volkskalender Nordschleswig. Tondern und Apenrade. 1931 bis 1945.

Weber, A. Paul: Hoppla Kultur. Einführung von Fritz Fuglsang. Gütersloh 1954.

Weber, A. Paul: Graphik. Einführung von Georg Ramseger. Oldenburg 1956.

Weber, A. Paul: Werkverzeichnis der Griffelkunst. Hrsg. Erich Arp. Hamburg 1981.

Weber, A. Paul: Im Namen des Volkes. Einführung von Hermann Krämer. Hamburg 1982.

Urteil des Volksgerichtshofs vom 10. 1. 1939 gegen Ernst Niekisch. In: Beyer, Wilhelm Raimund: Rückkehr unerwünscht. Stuttgart 1978.

Fink, Troels: Geschichte des schleswigschen Grenzlandes. Kopenhagen 1958.

Wolandt, Gerd: Bild und Wort. Überlegungen zum Werk A. Paul Webers. In: Schriften der A. Paul Weber-Gesellschaft. Hrsg. Günter Nicolin. Bd. 1. Hamburg 1977.

Köster, Arnold A. Paul Weber in unserer Zeit. In: Schriften der A. Paul Weber- Gesellschaft. Bd. 4. 1982.

In der Ausgabe 4/1981 der Grenzfriedenshefte beschäftigten sich die beiden Rundfunkjournalisten Jörgen Detlefsen und Siegfried Jespersen mit dem Thema „Der Rundfunk und die Minderheiten“. Darin ging es, dem Anlaß entsprechend, um die Belange der deutschen Minderheit in Nord- und der dänischen Minderheit in Südschleswig. An einer Stelle klang jedoch bereits ein Sonderproblem im deutsch-dänischen Grenzgebiet an; Sigfred Jespersen schrieb: „Eine Minderheit haben wir, die mit Recht eine sprachliche Sonderbehandlung verlangen kann. Das ist die friesische ...“ Zu diesem Thema sandte uns der Bredstedter Journalist Thomas Steensen einige Anmerkungen.

THOMAS STEENSEN

Der Rundfunk und die Nordfriesen

Die nordfriesische Sprachgemeinschaft stellt in der Bundesrepublik Deutschland eine einzigartige Besonderheit dar. Zusammen mit den etwa 1500 Ostfriesen des oldenburgischen Saterlandes nämlich handelt es sich bei den Nordfriesen um die einzige alteingesessene Sprachminderheit der Bundesrepublik, deren Sprache nicht als Nationalsprache in einem benachbarten Staat verwendet wird.

Die Nordfriesen unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht von der deutschen Minderheit in Nord- und der dänischen in Südschleswig. Sie haben zunächst kein „Mutternvolk“ hinter sich, wie es die deutschen Nordschleswiger mit Deutschland und die dänischen Südschleswiger mit Dänemark besitzen, sondern sind auf sich allein angewiesen. Bei den Nordfriesen handelt es sich in erster Linie um eine Sprachminderheit; zu einer friesischen nationalen Minderheit rechnen sich nur wenige — auch dies also ein Unterschied zu den nordschleswigschen Deutschen und den südschleswigschen Dänen, die in erster Linie als nationale Minderheiten anzusprechen sind und nur bedingt auch sprachliche Minderheiten bilden. Ein weiterer wichtiger Unterschied besteht schließlich darin, daß es sich beim Nordfriesischen um eine akut vom Aussterben bedrohte Kleinsprache handelt, was vom Dänischen und Deutschen nicht behauptet werden kann.

Was bedeutet dies alles für unser Thema, das Verhältnis zum Rundfunk?

Will ein deutscher Nordschleswiger Sendungen in deutscher Sprache, ein dänischer Südschleswiger Sendungen auf dänisch hören, so brauchen beide nur die Programme des Norddeutschen Rundfunks oder aber von Danmarks Radio einzuschalten. Für sie gibt es also keine Probleme. Was aber macht ein Nordfriese, will er eine Sendung in seiner Muttersprache hören?

Daß hier ein Leerraum besteht, ist von denjenigen, die sich um die Bewahrung und Pflege der nordfriesischen Sprache bemühen, schon vor Jahren erkannt worden. Anfragen beim Norddeutschen Rundfunk blieben jedoch ohne den

gewünschten Erfolg. Ende des letzten Jahres nun kam eine Entschließung von Vertretern *aller* Vereine und Einrichtungen, die sich um die nordfriesische Sprache bemühen, zustande — eine Einigkeit, die in Nordfriesland wahrlich nicht an der Tagesordnung ist.

In der Entschließung heißt es: „Wir, die Vertreter der nordfriesischen Institutionen, Heimatvereine und Lehrerschaft, fordern den NDR hiermit auf, die legitimen Belange der Nordfriesen zu berücksichtigen und regelmäßig Sendungen in nordfriesischer Sprache in sein Programm aufzunehmen ... Das Friesische ist eine eigenständige germanische Sprache wie das Deutsche und ist am nächsten mit dem Englischen verwandt. Das Friesische wird im Kreis Nordfriesland und auf Helgoland von ca. 10 000 Personen gesprochen und darüber hinaus von einer weit größeren Zahl verstanden ... Das Nordfriesische gliedert sich im wesentlichen in vier Hauptdialekte, jeder mit einer jahrhundertelangen eigenen literarischen und kulturellen Tradition. Dennoch ist die nordfriesische Sprache als eine Einheit anzusehen, und die interfriesische Verständigung wird durch die mundartlichen Unterschiede nicht entscheidend beeinträchtigt. Wir meinen, daß auch die Rundfunkanstalten den Belangen autochthoner kultureller Minderheiten wie denen der Nordfriesen Rechnung tragen sollten und bei der Verteilung der Sendezeit nicht nur rein zahlenmäßige Erwägungen ausschlaggebend sein dürfen.“

In seinem Begleitbrief an den Norddeutschen Rundfunk konnte Jakob Tholund, der Präsident der nordfriesischen Sektion des Friesenrates, noch hinzufügen, daß der Wunsch der Nordfriesen auf einer Sitzung des Friesenrates auch von den Vertretern aus Ost- und Westfriesland „einhellig und nachdrücklich“ unterstützt worden sei. Für die Westfriesen in den Niederlanden sei die Förderung von sprachpflegerischen Aktivitäten durch den Rundfunk schon seit Jahren eine Selbstverständlichkeit. Das vom NDR bisher immer wieder vorgetragene Argument, eine öffentlich-rechtliche Anstalt könne eine zahlenmäßig so kleine Gruppe wie die Sprachfriesen in Nordfriesland nicht durch eigene Programmbeiträge berücksichtigen, „empfinden wir als Mißachtung fundamentaler Rechte einer Minderheit“, schrieb Tholund.

Die Antwort des Norddeutschen Rundfunks fiel jedoch erneut ablehnend aus. „Ihre Frage (die Sie allerdings als Forderung vortragen) nach Aufnahme einer regelmäßigen Sendung in nordfriesischer Sprache in unsere Landesprogramme kann ich leider nur mit einem ‚zur Zeit noch nicht möglich‘ beantworten“, schrieb der Direktor des Kieler NDR-Funkhauses, Günter Pipke. Die Landesprogramme befänden sich erst im Aufbau und hätten bisher weder technisch noch personell alle wünschbaren Möglichkeiten. Pipke fügte jedoch hinzu, daß er „die Frage der Wünschbarkeit und Machbarkeit einer regelmäßigen Sendung damit noch nicht positiv beantwortet“ habe. Seines Wissens werde „die Zahl der in unserem Land Friesisch sprechenden Mitbürgerinnen und Mitbürger“ unterschiedlich zwischen 4

000 und 10000 geschätzt, was sich nach Pipkes Ansicht aus der Differenzierung zwischen Friesischverstehen und Friesischsprechen erklären lassen dürfte. Dem NDR könne nicht vorgeworfen werden, daß er die Anliegen der Nordfriesen in Schleswig-Holstein bisher gering geachtet habe. Er habe vielmehr im Rahmen der journalistischen Aufgaben und entsprechend den Programm-Möglichkeiten in den vergangenen Jahren mehrfach von „interessanten Unternehmungen“ der friesischen Sprachgruppe berichtet. Von einer „Mißachtung fundamentaler Rechte einer Minderheit“ könne nicht die Rede sein.

Dieser Brief des NDR, der von den nordfriesischen Vereinen und Einrichtungen mit Enttäuschung aufgenommen wurde, verdient einige Anmerkungen. Zunächst ist ein Mißverständnis auszuräumen: Niemand hat sich darüber beschwert, der NDR habe nicht ausreichend *über* die nordfriesische Sprachgruppe berichtet. Im Gegenteil wird jeder Hörer des Landesprogramms bestätigen können, daß sich die NDR-Journalisten immer wieder mit Geschick und auch Engagement nordfriesischer Themen annehmen. Darum aber ging es in diesem Fall nicht, sondern es geht um die Berücksichtigung der nordfriesischen Sprache selbst.

Was dies angeht, hat der NDR nicht nur Zweifel an der „Machbarkeit“, sondern er vermochte nicht einmal die „Wünschbarkeit“ einer regelmäßigen friesischen Sendung positiv zu beantworten! Denn, soviel der Funkhausdirektor erfahren konnte, liegt die Zahl der friesisch sprechenden „Mitbürgerinnen und Mitbürger“ ja nur zwischen 4 000 und 10 000. Ganz abgesehen davon, daß die Zahl von 4 000 mehr als untertrieben ist — was an dieser Argumentation erschrecken muß, ist der Eindruck, daß es dem NDR allein um das Prinzip der reinen Zahl geht. Hat nicht gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der über ein Sendemonopol verfügt, eine besondere Verpflichtung gegenüber Minderheiten? Weiß der NDR in Kiel nicht, daß es sich bei der friesischen Sprache um die einzige vom Aussterben bedrohte eigenständige Kleinsprache in der gesamten Bundesrepublik handelt? Ist der Wunsch der Nordfriesen nach Berücksichtigung ihrer Sprache wirklich so abwegig, wie der NDR den Eindruck erweckt? Blicken wir über die Landesgrenzen: Da gibt es zunächst, erst kürzlich beschlossen, eindeutige Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Europarats, in denen der Wert und die Erhaltenswürdigkeit kleiner Sprachen und Kulturen betont wird (vgl. Grenzfriedenshefte 4/1981, S. 226 f.). Und es gibt auch viele Beispiele, daß Rundfunkanstalten in anderen Ländern die berechtigten Belange ihrer kleinen Sprachgemeinschaften beachten. Die folgenden Angaben entnehme ich dem „Handbuch der europäischen Volksgruppen“, herausgegeben von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen: In der Schweiz etwa gab es bereits in den fünfziger Jahren monatlich 22 Stunden Rundfunksendungen in rätoromanischer Sprache, die übrigens mit 14 Dialekten noch „zersplitterter“ ist als das Nordfriesische. Der Rundfunk der DDR beschäftigt eine eigene sorbische

Redaktion beim Sender Cottbus für die Sorben in der Lausitz. Selbst in zentralistischen Frankreich berücksichtigt der Rundfunk die bretonische Sprache. Und die Samen in Finnland, landläufig „Lappen“ genannt, können dreimal in der Woche samischsprachige Nachrichten sowie einen Gottesdienst hören; es handelt sich dort um weniger als 3 000 Menschen!

Friesischsprachige Sendungen im Rundfunk würden für die friesische Sprache eine bemerkenswerte Aufwertung bedeuten, und zwar nicht zuletzt im Bewußtsein der Nordfriesen selbst. Denn viele Nordfriesen haben ein zwiespältiges Verhältnis zu ihrer eigenen Muttersprache. Wer heute in Nordfriesland in friesischer Sprache aufwächst, dem wird es nicht leicht gemacht: Er besucht eine Schule mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache, auf seine friesische Muttersprache wird in der Regel keine Rücksicht genommen. Die erfreulichen Bemühungen um friesischen Schulunterricht haben zwar bereits Erfolge gehabt, stecken aber erst in den Anfängen. Im Radio oder Fernsehen wird der friesische Muttersprachler nie ein Wort in seiner Sprache hören und in den Zeitungen nur gelegentlich einen friesischen Beitrag lesen können; vorausgesetzt er hat es überhaupt gelernt, denn die meisten Nordfriesen sind Analphabeten in ihrer eigenen Sprache.

Wer also auf friesisch heranwächst, der wird erleben, daß er mit seiner Sprache nur wenig anfangen kann. Die Stellen, auf die „es ankommt“, strafen sie weitgehend mit Nichtachtung: Schule, Behörden, Massenmedien. Für den Friesisch-sprechenden liegt der Eindruck nahe, daß seine Sprache minderwertig sei. Er wird ein gebrochenes Verhältnis zu ihr gewinnen und sie möglicherweise an seine Nachkommen nicht mehr weitergeben, um diesen ähnliche Schwierigkeiten zu ersparen. Auf diesem Wege geht, so scheint es, die friesische Sprache ihrem Ableben entgegen.

In dieser Situation könnte die Berücksichtigung des Friesischen im Rundfunk ein Signal sein, das den Wert und die Erhaltenswürdigkeit dieser Sprache unterstreicht. Darum ist diese Angelegenheit so wichtig.

Das deutsch-dänische Grenzgebiet wird immer wieder als Modellfall für die Behandlung von Minderheiten herausgestellt. Für die dänische und die deutsche Minderheit ist dieses Wort wohl berechtigt. Gilt es auch für die Nordfriesen? Fragezeichen sind angebracht.

Historiker – Diplomat – Wegbereiter

Zum 70. Geburtstag von Professor Dr. Troels Fink

„Mich reizt einfach die Aufgabe, in diesem Grenzraum die Möglichkeiten der Begegnungen zwischen Deutschen und Dänen fruchtbar zu gestalten. Das bedeutet keineswegs, nur das Gemeinsame zu suchen und kontroverse Fragen auszuklammern. Mir geht es vor allem darum, aus der heutigen Perspektive gemeinsam das geschichtliche Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen neu zu überdenken. Wenn wir miteinander reden wollen, dann müssen wir auch wissen, worüber wir eigentlich sprechen. Wir müssen lernen, über unsere Vergangenheit reden zu können, die eine gemeinsame ist – trotz der Gegensätze.“

Dieses Wort, geäußert in einem Interview mit dem „Nordschleswiger“ am 30. Dezember 1972, mag man als Motto für das Wirken des dänischen Historikers und Diplomaten Professor Dr. Troels Fink betrachten, der am 18. April 1982 seinen 70. Geburtstag feierte.

Zu den zahlreichen Ehrungen, die Professor Fink aus diesem Anlaß zuteil wurden, gehört eine ihm von dänischen Freunden und Historikerkollegen gewidmete Festschrift (*Festskrift til Troels Fink*, red. v. Helge Larsen u. Roar Skovmand, Odense Universitetsforlag 1982). In der *Tabula gratulatoria* finden sich jedoch auch deutsche Gratulanten, unter ihnen der Kieler Historiker Alexander Scharff, auf dessen Zusammenwirken mit Troels Fink noch zurückzukommen ist.

Wer Professor Fink und seine ungebrochene Arbeitskraft kennt, der weiß, daß es viel zu früh ist, heute eine Bilanz über sein Lebenswerk zu ziehen, harren doch noch zahlreiche Projekte der Verwirklichung. Fest steht aber schon jetzt, daß es Troels Fink gelungen ist, in dem oben zitierten Sinne die Entwicklung der deutsch-dänischen Beziehungen im allgemeinen und die des Grenzlandes im besonderen seit dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mitzugestalten; als politisch denkender Historiker und als geschichtsbewußter Diplomat konnte er entscheidend zu dem relativ entspannten deutsch-dänischen Verhältnis der Gegenwart beitragen.

Was die Rolle des *Diplomaten* Troels Fink betrifft, so gehörte der damalige Geschichtspräsident in Arhus als Ratgeber des dänischen Außenministeriums für schleswigsche Angelegenheiten zu den „Architekten“ der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen von 1955. Auch wenn es späteren Historikern vorbehalten bleiben muß, nach Öffnung der Archive Einzelheiten zutage zu fördern, kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß Professor Finks Sachkunde, ebenso wie sein sicherer politischer Instinkt und sein diplomatisches Geschick, wesentlich zum Zustandekommen der Minderheitenerklärungen

beigetragen haben. Diese zentrale Rolle Finks wird im übrigen durch einen Bericht bestätigt, den Nils Svenningsen – als ehemaliger Direktor im dänischen Außenministerium ein intimer Kenner der Materie – in der Festschrift für Troels Fink (S. 197-209) publiziert hat.

Nicht zuletzt um die Absichtserklärungen von 1955 mit politischem Leben zu erfüllen, übernahm der Universitätsprofessor Troels Fink 1959 das Amt eines dänischen Generalkonsuls in Flensburg, das er bis zu seiner Verabschiedung in den „Ruhestand“ 1975 innehatte.

Daß der Generalkonsul der dänischen Minderheit vielfältige Unterstützung zuteil werden ließ, war ihm Aufgabe und Anliegen zugleich. Aber auch zum Grenzfriedensbund, insbesondere zu dessen damaligem Vorsitzenden Dr. H. P. Johannsen, unterhielt Professor Fink schon von Aarhus aus gute Kontakte. Zum Abschied Troels Finks aus Flensburg hob Johannsen in den „Grenzfriedensheften“ (H. 2/1975, S. 113) die „Fülle des Gedankenaustausches“ hervor, „der zwischen dem scheidenden Konsul und Gelehrten Troels Fink und dem Grenzfriedensbund während fast eines Vierteljahrhunderts bei vielen Gelegenheiten stattfand“. Als Vorsitzender habe er, Johannsen, viele Gespräche mit Professor Fink geführt, „die sich in ihrer Gedankenführung für die kulturpolitische Arbeit unserer Organisation fruchtbar auswirkten, weil sie bei voller Wahrung des eigenen Standpunktes auf beiden Seiten doch zu mehr gegenseitigem Verständnis führten und nicht selten bewirkten, daß Aufsätze aus der Feder des Gelehrten in den ‚Grenzfriedensheften‘ erschienen“.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß Troels Fink neben Hartwig Schlegelberger und Hans Peter Johannsen zu den Herausgebern der „deutsch-dänischen Bücher“ gehörte. Ein besonders informativer Band dieser leider inzwischen eingestellten Reihe stammt aus der Feder Troels Finks (Deutschland als Problem Dänemarks, d+d-Bücher, Bd. 2, Flensburg 1968). Das Buch vermittelt einen vorzüglichen Überblick über die dänische Außenpolitik von 1864 bis 1955. Einen Gesamteindruck von der ungeheuren Schaffenskraft des *Historikers* Troels Fink, der von dem Diplomaten freilich nicht zu trennen ist, vermittelt seine jüngst erschienene Bibliographie (Festschrift, S. 247-266). Die Titel der zahlreichen Bücher, Aufsätze und Rezensionen zeigen, daß Professor Fink sich im Mittelalter genauso „zu Hause“ fühlt wie in der jüngsten Vergangenheit. Deutlich werden auch die beiden – eng miteinander verknüpften – Schwerpunkte seines wissenschaftlichen Interesses: Zum einen ist es die dänische Außen- und Verteidigungspolitik, und zum anderen, natürlich, die Geschichte des deutsch-dänischen Grenzlandes. – Finks „Geschichte des schleswigschen Grenzlandes“ von 1958, die Übersetzung seiner beiden Bücher „Rids af Sønderjyllands Historie“ und „Sønderjylland siden Genforeningen“, gilt unter Sachkennern bis heute als der zuverlässigste Überblick über diesen Teil gemeinsamer deutsch-dänischer

Geschichte. Es ist zu hoffen, daß Professor Fink bei seinen sonstigen Vorhaben seine bis 1954 reichende Darstellung in absehbarer Zeit auf den neuesten Forschungsstand bringen und bis in die Gegenwart fortführen kann, wie er es in einem Interview mit „Flensburg Avis“ (17.4.1982) anlässlich seines 70. Geburtstages angekündigt hat.

Seit seiner Kinderzeit in Apenrade hat Troels Fink sich dem Grenzland und seiner Geschichte tief verbunden gefühlt. Dabei dürfte ihn nicht zuletzt sein Kontakt zu der Persönlichkeit H. P. Hanssens maßgeblich beeinflusst haben. Bis heute jedenfalls gilt diesem moderaten dänischen Grenzlandpolitiker Finks Sympathie und sein wissenschaftliches Interesse, das in zahlreichen Veröffentlichungen seinen Niederschlag gefunden hat, so auch in den „Grenzfriedensheften“ (H. 1/1959, S. 10-19).

Es gibt wohl keinen intimeren Kenner des seine Arbeitsgebiete betreffenden Quellenmaterials als Troels Fink selbst. Er konnte so im Laufe der Jahre eine Fülle neuer Tatsachen ans Licht der interessierten Öffentlichkeit befördern und der Forschung nördlich wie auch südlich der Grenze zahllose wertvolle Impulse verleihen. Dies geschah – und geschieht – nicht „nur“ durch seine Publikationen, sondern auch durch seinen persönlichen Rat und manche Anregung, die er gerade jungen Wissenschaftlern beim Gedankenaustausch gern erteilt, unter ihnen auch deutsche Historiker aus der Schule Alexander Scharffs.

Der Historiker Troels Fink vertritt einen dänischen Standpunkt. Noch jüngst hat er sich gegenüber „Flensburg Avis“ (17.4.1982) gegen den Versuch der gemeinsamen Darstellung gemeinsamer Geschichte ausgesprochen, da er zu einem Ergebnis „ohne Mark und Kraft“ führen müsse. Man mag darüber streiten, ob die Originalität einer historischen Arbeit über die deutsch-dänische Geschichte primär vom nationalen Engagement des Verfassers abhängt, festzustellen bleibt hier jedoch, daß Professor Finks Auffassung ihn nie dazu geführt hat, eine Zusammenarbeit von dänischen und deutschen Historikern grundsätzlich abzulehnen; er ist im Gegenteil als dänischer Wegbereiter solcher Kontakte nach dem Zweiten Weltkrieg anzusehen. Als Voraussetzung dafür forderte er noch kürzlich (Flensburg Avis, 17.4.1982) erneut den redlichen Umgang mit den historischen Quellen – eine Forderung, der Troels Fink als ein Mensch mit hohem moralischem Anspruch, nicht zuletzt an sich selbst, und zugleich mit ausgeprägter Intellektualität voll gerecht wird.

Daß er dabei auch zu Ergebnissen gelangt ist, die manchem Zeitgenossen unbequem erscheinen mußten und zu heftigen Reaktionen führten, liegt wohl in der Natur der Sache. Beispiele dafür lassen sich Ernst Beiers Bericht in den „Grenzfriedensheften“ (H. 1/1973, S. 35-42) über „Ein Interview und sein Echo“ entnehmen. – Andererseits ist festzustellen, daß sich gerade bei der Bestandsaufnahme und der Wertung „brisanter“ Themen der jüngsten

Vergangenheit durch deutsche Historiker der jüngeren Generation starke Übereinstimmungen mit dem dänischen Forscher Troels Fink ergeben. Diese Tatsache mag für die These sprechen, daß es wissenschaftliche und politische Grundüberzeugungen gibt, die das nationale Bekenntnis überlagern, vielleicht ein grenzüberschreitendes Fundament darstellen.

Professor Finks Streben nach Verständigung fand schon zu Beginn der fünfziger Jahre sichtbaren Ausdruck, in einer Zeit also, als ein solches Unterfangen noch keineswegs auf überwiegend positive Resonanz in der Öffentlichkeit hoffen durfte. Zusammen mit seinem Kieler Kollegen Alexander Scharff leitete er einen freundschaftlichen Gedankenaustausch zwischen dänischen und deutschen Historikern in die Wege, der unter anderem zu gemeinsam erarbeiteten Thesen für eine Revision der beiderseitigen Schulgeschichtsbücher führte. Während der Gedankenaustausch zwischen Kieler Historikern und dänischen Kollegen, Universitätslehrern wie Studenten, in den folgenden Jahren fortgeführt wurde, warten die „Thesen“ bis heute auf ihre Verbesserung und Ergänzung.

Gewiß nicht zufällig war gerade Flensburg der Ort, an dem Troels Fink und Alexander Scharff bereits Anfang der fünfziger Jahre gemeinsam auftraten, so 1952 als Referenten anlässlich einer hier veranstalteten Buchausstellung. Beide Referate sind im ersten Heft des ersten Jahrganges der „Grenzfriedenshefte“ (1/1953) abgedruckt. Troels Fink bot einen noch heute aktuellen Beitrag über „Das Buch im Volkstumskampf“ (S. 26-35) und Alexander Scharff äußerte sich wegweisend zum Thema „Heimatgeschichte und Universalgeschichte“ (S. 8-25). Zwei Jahre später gehörten beide Historiker zu den Referenten der ersten „Flensburger Tage“. Ihre auch im Druck erschienenen Beiträge (Flensburger Tage 1954, Flensburg 1955, S. 53-82) sind besonders bezeichnend für das – die weitere Forschung stark inspizierende – historisch-politische Anliegen von Troels Fink und von Alexander Scharff: Sie setzen sich ohne Anklage und ohne Apologie sachlich-kritisch mit der preußisch-deutschen Nordschleswig-Politik vor 1914 auseinander, legen dabei aber Wert auf die Feststellung, daß es selbst in jener Epoche, in der das dänisch-deutsche Verhältnis schwersten Belastungen ausgesetzt war, doch auch Verbindendes gab, das zu den positiven Traditionen unserer gemeinsamen Geschichte gehört. So stellt etwa Troels Fink fest, daß die dänischen Nordschleswiger sich in jener Zeit mit deutschen Richtern auf einem Forum getroffen haben, „das über den nationalen Gegensätzen liegt: in der Idee des Rechts, das alle gleichstellt und Menschenwürde und Menschenwert schützt (S. 82).

An dieser Stelle sei bemerkt, daß Troels Finks Landsleute in ihren „Geburtsstagsartikeln“ die Verdienste des Jubilars um die Zusammenarbeit deutscher und dänischer Historiker, soweit zu sehen ist, kaum gewürdigt haben. Professor Finks Wirken als Wissenschaftler und Diplomat hat nicht nur in

Dänemark, sondern auch in Deutschland Respekt und Anerkennung gefunden. Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel verlieh ihm die Universitätsmedaille. Die Stadt Kiel machte ihn zu ihrem Kulturpreisträger des Jahres 1971. In der Laudatio wird Troels Fink zu den Persönlichkeiten gezählt, „die das offene Gespräch mit den Nachbarn immer gesucht haben, weil sie die Notwendigkeit erkannten, Grenzen und Schlagbäume aus dem menschlichen Bereich zu entfernen“. Er habe sich in vieler Hinsicht um die Harmonisierung der deutsch-dänischen Verhältnisse verdient gemacht.

Die in seiner Kieler Festrede („Grenzfriedensheft“ 3/1971, S. 129-135) mitschwingende Skepsis gegenüber dem historischen Interesse der Jugend wird begleitet von dem „Prinzip Hoffnung“, das Fink dazu führte, auf dem einmal beschrittenen Weg voranzuschreiten. So ist denn auch Finks Abschied aus dem Amt des Generalkonsuls 1975, verbunden mit seiner Übersiedlung nach Apenrade, kein Abschied von der wissenschaftlichen und kulturpolitischen Bühne gewesen. Als augenfälligstes Beispiel für seinen nach wie vor großen Einfluß auf kulturpolitischem Gebiet mag das 1977 eröffnete „Institut for Grænseregionsforskning“ in Apenrade gelten, das auf Finks Initiative zurückgeht und zu dessen Leiter er berufen wurde. – Auch seine eigene Forschungstätigkeit hält unvermindert an; sie hat ihren – vorläufigen – Höhepunkt in seinem dreibändigen Werk über die Abstimmungszeit gefunden (Da Sønderjylland blev delt 1918-1920, 3 Bde, Apenrade 1978/79), das vom Apenrader Grenzforschungsinstitut herausgegeben wurde.

Seinem in Arbeit befindlichen Werk über die Estrup-Zeit darf man mit Spannung entgegensehen. Und es ist zu wünschen, daß die dänische wie auch die schleswig-holsteinische Geschichtsforschung noch durch manche weitere Arbeit aus der Feder des eben erst 70jährigen Historikers Troels Fink bereichert wird.

Jörn-Peter Leppien

Von großer Bedeutung für die Harmonisierung im Grenzland

In Hadersleben / Nordschleswig wurden am 26. und 27. Mai 1982 die traditionellen „Dänisch-deutschen Tage“ / „Dansk-Tyske Dage“ durchgeführt. Als Hintergrundinformation über dieses Treffen zwischen Dänen und Deutschen möchte das Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e. V. folgenden Blick auf die 28jährige Geschichte der „Flensburger Tage“ bzw. „Dänisch-deutschen Tage“ geben:

Auf den „Dänisch-deutschen Tagen“ 1979 in Apenrade sprach der im vorigen Jahr verstorbene Dr. Hans Peter Johannsen über Sinn und Zweck dieser Begegnungen: „Diese Veranstaltungsreihe der großen Stadtgemeinden

beiderseits der Grenze haben das Ziel, Informationen über das geschichtliche und aktuelle Leben in Dänemark und in Deutschland zu vermitteln. Ein wesentlicher Bestandteil der Programme sind dabei künstlerische Darbietungen verschiedenster Art. Zweifellos haben diese Veranstaltungen für die Harmonisierung des Klimas an der Grenze, insbesondere am Anfang, eine große Bedeutung gehabt, wenngleich es noch nicht gelungen ist, ihnen zu einer großen Popularität zu verhelfen ...“ Die Frage der Bedeutung dieser schon lange traditionellen Tage des deutschdänischen Gedankenaustausches läßt keine Zweifel offen, die Frage nach der „Popularität“ und „Resonanz“ aber wird seit seiner Existenz diskutiert. Rückblickend ist aber zu werten, daß mit dem „Wachsen“ der Begegnungen auch die Teilnahme an ihnen und der Wiederhall größer wurden. Die „Flensburger Tage“ bzw. „Dänisch-deutschen Tage“ sind zu einem wichtigen kulturellen Faktor im Grenzland, einem wesentlichen Bestandteil des deutsch-dänischen Dialogs geworden. Im Grunde genommen sind sie nicht mehr wegzudenken.

Was 1954 in noch vorsichtiger Prägung auf deutscher Seite mit den „Flensburger Tagen“ begann, wurde seit der Begegnung in Apenrade 1960 mit der Festlegung eines – je nach Zeit und Finanzlage flexibel gehandhabten – „Zwei-Jahres-Turnus“ zur festen Regel. Seitdem wechselt das Treffen mit jeweils vorgegebenem zentralen Thema und einem kulturell-folkloristischem Rahmenprogramm zwischen Flensburg („Flensburger Tage“) und den vier nordschleswigschen Städten Tondern, Hadersleben, Apenrade und Sonderburg („Dänisch-deutsche Tage“). Selbstverständlich ist es dabei, daß die beiden Minderheiten einbezogen sind, – thematisch und personell.

Nur die letzten Treffen sollten hier kurz Revue passieren: 1976 wird die dänische und deutsche Kulturpolitik bei den „Flensburger Tagen“ behandelt. Der ein Jahr später verstorbene Stadtpräsident Dr. Horst Kiessner konstatiert, daß Versuche einer beiderseitigen Annäherung längst vertrauensvollen Aussprachen gewichen sind. Die Deutsch-dänischen Festtage in der Fördestadt zeigen Straßentheater, bieten Konzerte und wassersportliche Aktivitäten, präsentieren handwerkliches Können in der neuen Fußgängerzone.

1979 stehen 38 Einzelveranstaltungen auf dem Programm der „Dänisch-deutschen Tage“ in Apenrade. Bürgermeisterin Camma Larsen-Ledet spricht von Verständnis und Brücke, die früheres kühles Nebeneinander abgelöst haben. Unter anderem wird über die zukünftige Energieversorgung diskutiert und eine Ausstellung dazu gezeigt. „Die Zukunft im Grenzland“ heißt das Generalthema. Und 1979 ist es „Der Alltag im Grenzland“ bei den „Flensburger Tagen“. Der dänische Historiker Hans Valdemar Gregersen erhält den Kultur-Preis 1980 der Stadt. „Unser Alltag im Grenzland ist geprägt durch einen deutsch-dänischen Pluralismus ohne Zwänge“, stellt Oberbürgermeister Dr. Bodo Richter fest.

*Aus einer Pressemitteilung des Instituts für
Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e.V.*

*

Jakob Meyer 60 Jahre

Der SSW-Fraktionsvorsitzende in der Flensburger Ratsversammlung, Stadtrat Jakob Meyer, vollendet am 19. Mai sein 60. Lebensjahr.

Jakob Meyer entstammt einer alten Flensburger Kaufmannsfamilie. Er absolvierte eine kaufmännische Ausbildung, wonach er einige Jahre Kriegsdienst leisten mußte. Nach 1945 organisierte er zunächst die Verteilung dänischer Spenden für Südschleswig und trat später in den Dienst der Flensburger Konsumgenossenschaften. 1963 wurde er Mitarbeiter des SSW-Landessekretariats in Flensburg. Der Flensburger Ratsversammlung gehört Jakob Meyer ununterbrochen seit 1955 an. Seit 1964 ist er ehrenamtlicher Stadtrat und 1965 übernahm er den Vorsitz in der SSW-Ratsfraktion. Sein Interesse gilt bevorzugt der sozialen Arbeit. Sein ständiges Bemühen, besonders den sozialschwachen Bevölkerungskreisen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, erstreckt sich auf alle Hilfebedürftigen. Auch als Vorsitzender des Sozialausschusses leistet Jakob Meyer auf diesem Gebiet einen bedeutenden Einsatz. In Würdigung seiner kommunalpolitischen Verdienste wurde ihm 1981 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Er ist ebenfalls mit dem dänischen Dannebrogorden ausgezeichnet worden.

Neben seiner kommunalpolitischen Tätigkeit hat Jakob Meyer sich sehr für die dänische Schularbeit in Südschleswig eingesetzt. 1970 wurde er Vorsitzender des Dänischen Schulvereins, der die insgesamt 54 dänischen Schulen und 62 Kindergärten im Landesteil betreibt. Dieses Amt hatte er bis 1978 inne.

Pressemitteilung des Südschleswigschen Pressedienstes

*

Senior der deutschen Volksgruppe

Fabrikant Mathias Hansen 90 Jahre alt

Er ist eine zentrale Gestalt der Nachkriegszeit in Nordschleswig

Der Fabrikant Mathias Hansen, am 10. Juni 1892 in Hadersleben geboren, gehört zu der Generation, die 1914 den feldgrauen Rock anzog, 1920 die Abstimmung erlebte und als Wirtschaftler die schwierigen 20er und 30er Jahre überwinden mußte. Der 1933 nach Nordschleswig einbrechenden NS-Bewegung stand er kritisch gegenüber und stellte mit einigen Gesinnungsfreunden in Hadersleben schon während des Krieges Überlegungen darüber an, wie nach dem

Zusammenbruch ein neuer Anfang gemacht werden könne. Er gehörte denn auch 1945 zu den Männern, die das Steuer herumwarfen, um der deutschen Arbeit wieder eine Chance zu bieten.

Mathias Hansen hatte, bevor er nach dem Ersten Weltkrieg den väterlichen Betrieb, die Haderslebener Tabakfabrik, seit 1815 im Besitz der Familie, übernahm, vor dem Krieg schon eine juristische Ausbildung abgeschlossen und wurde schnell eine zentrale Gestalt im nordschleswigschen Wirtschaftsleben.

In die vorderste Front trat er im November 1945, als er bei den Zusammenkünften der führenden Männer der deutschen Volksgruppe – soweit sie nicht interniert waren – die Grundsätze vertrat, die er mit seinen Freunden in Hadersleben (dem „Haderslebener Kreis“) seit 1943 erarbeitet hatte: Anerkennung der Grenze von 1920, Loyalität gegenüber dem Königshaus und dem dänischen Staat, Bekenntnis zum deutschen Volk und Mitarbeit auf allen Gebieten des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Der Weg, der durch seinen mutigen Entschluß eingeleitet wurde, erwies sich als der richtige. Wenn auch in verkleinertem Rahmen, die deutsche Arbeit konnte wieder beginnen, vor allem auf dem Gebiet der Schule, auf dem 1949 in den vier Städten die ersten kleinen Klassen wieder eingerichtet werden konnten. Die deutsche Jugend hatte sich schon 1947 auf dem mit Trümmern übersäten Knivsberg zu einer Treuekundgebung versammelt.

Mathias Hansens große Leistung bestand darin, daß er schon bald nach dem Zusammenbruch dafür sorgte, daß die deutsche Bevölkerung Nordschleswigs wieder eine Zeitung bekam. Die „Nordschleswigsche Zeitung“, 1929 gegründet, war im August 1945 einem Bombenanschlag dänischer Widerstandskämpfer zum Opfer gefallen, und ohne ein Organ war ein Wiederaufbau des deutschen Lebens unmöglich. Der neu gegründete „Bund Deutscher Nordschleswiger“ hatte Mathias Hansen schon im Dezember 1945 die Leitung des Presse-Ausschusses übertragen, dessen Hauptaufgabe die Gründung einer deutschen Zeitung in Apenrade sein sollte. In ganz kurzer Zeit gelang es zunächst, ein kleines Wochenblatt mit dem Titel „Der Nordschleswiger“ herauszubringen, das am 1. Februar 1946 die deutschen Häuser zwischen Tondern und Hadersleben erreichte.

Dies Wochenblatt war damals die erste freie deutsche Zeitung innerhalb Europa.“ Es war ein kleines, bescheidenes Schiff, das eine von Gefahren bedrohte Fahrt antrat; nur mit Mühe konnten die Gelder beschafft werden zur Fortsetzung der Fahrt. Immer war es der Begründer, Mathias Hansen, der Auswege fand, wenn man glaubte, am Ende zu sein. Seit 1949 erschien die Zeitung mit Hilfe des Landesministers Dr. Richard Schenck im Großformat, und 1951 wurde „Der Nordschleswiger“ Tageszeitung. Mathias Hansen hatte durch seinen Einsatz auch diesen Schritt ermöglicht und fand dabei Hilfe des Ministerpräsidenten Dr. Bartram. So ist der Name des Jubilars eng verbunden mit dem Wiederaufleben

und dem Fortbestand der Zeitung „Der Nordschleswiger“, die für die deutsche Bevölkerung ein unentbehrliches Bindeglied ist. Als Mitbegründer des Bundes Deutscher Nordschleswiger ist Mathias Hansen Träger des Bundesverdienstkreuzes. Dankbar gedenken viele Nordschleswiger und viele Freunde in Schleswig-Holstein des Jubilars mit den besten Wünschen.

Harboe Kardel

*

Peter Rasmussen in memoriam

Mit dem Diplom-Landwirt Peter Rasmussen verlor die deutsche Volksgruppe Nordschleswigs am 14. März eine weit über die engere Heimat hinaus bekannte Persönlichkeit, die in den schwierigen Jahren des Aufbaues nach 1920 ein fester Mittelpunkt war, um den sich der deutschgesinnte Teil der Bauernschaft Nordschleswigs sammelte, der stets zur Stelle war, wenn sein Rat und seine Hilfe gebraucht wurde.

Peter Rasmussen war in dem Dorf Solderup (Kirchspiel Hostrup) als Sohn eines Bauern aufgewachsen. Nach dem Abitur studierte er Landwirtschaft in Kiel, Prag und Kopenhagen.

1928 begann er seine Tätigkeit in Nordschleswig, indem er die Leitung des Versuchsringes auf der Insel Alsens übernahm. Schon nach zwei Jahren wurde ihm die Geschäftsführung des „Landwirtschaftlichen Hauptvereins“ für Nordschleswig übertragen, verbunden mit der Stellung eines Chefkonsulenten. 40 Jahre hindurch hat er diese beiden Tätigkeiten mit großer Treue wahrgenommen. Bei allen, mit denen er zusammenarbeitete, genoß er ein Vertrauen, wie man es ganz selten findet. Besonders in den stürmischen 30er Jahren bewährte sich seine Ruhe und Festigkeit, so daß sein Berufsstand in die inneren Kämpfe nicht hineingezogen wurde.

Schon vor mehreren Jahren wurde ihm in Kiel der „Justus-von-Liebig-Preis“ und die Verdienstmedaille der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holsteins verliehen. Viele Landwirte in Schleswig-Holstein werden sich dankbar der Führung erinnern, die Peter Rasmussen viele Jahre hindurch durchführte, die nordschleswigschen und dänischen Bauernhöfen galten. Peter Rasmussen hinterläßt eine Lücke, die lange schmerzlich empfunden wird.

Harboe Kardel

*

Das Lebenswerk Schmidt-Gorsblocks

Das Deutschtum Nordschleswigs verlor seinen Senior, der als geistige Autorität Respekt und Verehrung genoß

Mit Hans Schmidt-Gorsblock, der im hohen Alter von 92 Jahren am 18. März seine Augen für immer schloß, hat die deutsche Volksgruppe einen schweren Verlust erlitten, gehörte er doch zu den Männern, die sich seit über 50 Jahren uneigennützig in den Dienst der deutschen Volksgruppe stellten. Ein reiches, bewegtes Leben hat seinen Abschluß gefunden. Mit Trauer hat ein großer Kreis von Freunden und Bekannten in Nordschleswig, Schleswig-Holstein und Dänemark von dem Mann Abschied genommen, der als geistige Autorität weithin anerkannt war.

Hans Schmidt, 1889 auf dem väterlichen Hof Gorsblock bei Norderlügum geboren, besuchte das Lehrer-Seminar in Tondern, war als Lehrer an deutschen Schulen tätig und verwaltete gleichzeitig den ererbten Hof. Schon in den 30er Jahren prägte er durch die Herausgabe des „Deutschen Volkskalenders für Nordschleswig“ und seine schriftstellerische Tätigkeit das kulturelle Gesicht der deutschen Volksgruppe. Trat er auf die politische Bühne, so blieb er immer gerecht in seinem Urteil, hielt aber furchtlos an seiner Überzeugung fest.

Keiner kannte wie er die Flora und die Erdgeschichte seiner Heimat. Seine Führungen, die er vor allem auf dem Mittelrücken durchführte, brachten den Teilnehmern reichen Gewinn.

In den dunklen Tagen nach der Katastrophe des verlorenen Krieges sorgte er als einer der Unterzeichner der Loyalitäts-Erklärung dafür, daß die deutsche Arbeit nach dem völligen Zusammenbruch wieder aufgenommen werden konnte. Für die ersten aussichtslosen Wahlen stellte er sich als Kandidat zur Verfügung. Er warb für den Wiederbeginn des deutschen Unterrichts, indem er selbst in Gorsblock eine kleine Privatschule eröffnete.

Als Lyriker wurde er zunächst bekannt durch den Gedichtband „Auf buntem Acker“. Schon in diesen Gedichten verband sich persönliches Gefühlsleben mit einer seltenen Einfühlsamkeit in die heimische Natur. Zu seinem 90. Geburtstag erschien eine viel beachtete Sammlung seiner Erzählungen unter den Titel „Menschen zwischen zwei Meeren“, illustriert von seinem Freund A. Paul Weber. Sein Roman „Tule Vognsen“ führte in die schleswigsche Ritterzeit. Typisch für alle seine Werke ist eine sorgfältige Pflege der deutschen Sprache.

Sein 90. Geburtstag im September 1979 wird allen, die ihn miterlebten, unvergeßlich sein. Ein großer Kreis von Nordschleswigern erlebten den verehrten Jubilar in seinem schönen, gegen den Westwind abgeschirmten Garten und in den Räumen, die so ganz seine persönliche Note trugen, geschmückt mit Bildern nordschleswiger Maler, die Stätte unermüdlichen, geistigen Schaffens, das durch die Verleihung der Lornsenkette durch den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund

die verdiente Anerkennung fand.

In den letzten Jahren zog Hans Schmidt sich zurück von der politischen Bühne in die Geborgenheit seines Hauses, wo er an einem letzten großen Werk arbeitete, dessen Vollendung er nicht erleben sollte. Hans Schmidt, in seinem Denken und Fühlen ein echter Heimdeutscher, gehört zu denen, deren Wirken im Grenzland nicht vergessen werden wird. Kommende Generationen werden in seiner Dichtung das Bild der Heimat wiederfinden.

Harboe Kardel

Chefredakteur Jacob Kronika †

Er hat die Grenzlandpolitik lange wesentlich beeinflusst

In Kopenhagen verstarb am 3. Mai der Chefredakteur a. D. Jacob Kronika im Alter von 85 Jahren. Er wohnte während der letzten Jahre in der Gothersgade in Kopenhagen. Dort feierte er noch seinen 85. Geburtstag, schon gezeichnet von den Schwächen des Alters. Mit ihm hat das bewegte Leben eines Grenzlandjournalisten sein Ende gefunden. Jacob Kronika stammte von Broacker. Er besuchte in Flensburg das Gymnasium und nahm am Ersten Weltkrieg teil. Heimgekehrt gehörte er gleich zu den Männern, neben Julius Bogensee und Ernst Christiansen, die auf dem Gebiet der Presse die dänische Front zu stärken suchten, im Zeichen der nahenden Abstimmung. In der „Neuen Flensburger Zeitung“ und in der Zeitung „Der Schleswiger“ machte er in deutscher Sprache dänische Minderheiten-Politik.

In den 30er Jahren und in der Kriegszeit war er in Berlin der geschickte Vertreter dänischer Interessen und ständiger Mitarbeiter von Flensburg Avis und der konservativen Kopenhagener Zeitung „Dagens Nyheder“. Er hatte als Leiter des „Klubs der Auslandspresse“ gute Verbindungen zu den deutschen Stellen und verfügte stets über besondere Nachrichtenquellen.

Nach dem Krieg war er als Korrespondent in Bonn tätig und bis 1964 Chefredakteur von „Flensburg Avis“. Er hat dann für einige Jahre von Randershof aus auf die heftig umkämpfte Stadt geblickt, die mit seinem Schicksal so eng verknüpft war. In den letzten Jahren lebte er in Kopenhagen, wo er im Dänisch-Deutschen Verein ein häufiger Gast war.

Jacob Kronika war einer der bedeutenden Journalisten unseres Grenzlandes, dessen „Alte Garde“ immer mehr zusammenschmilzt. Er war in beiden Kulturen und in beiden Sprachen zu Hause und hat seine Erlebnisse in mehreren Büchern niedergelegt.

Er schrieb mir noch kurz vor seinem Tod: „Ich schaffe es um den Jahreswechsel,

noch einmal ein kleines Buch ‚Oplevelser i krig og fred‘ (Erlebnisse in Krieg und Frieden) herauszubringen. Aber nun dürfte Schluß sein. Ich merke die 85. Das kann wohl auch nicht anders sein.“ –

Er hatte auch im deutschen Lager manchen Freund, hauptsächlich in den Kreisen der Flensburger Donnerstags-Gesellschaft, in der er eines der ältesten Mitglieder war.

Viele im schleswigschen Land und in Dänemark werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Harboe Kardel